

Kathia Serrano Velarde\*, Martin Hölz\*\* und Miriam Schwarz\*\*\*

## Zuschreibungsprozesse in der wissenschaftlichen Antragstellung

Eine historisch vergleichende Untersuchung der Antragsrichtlinien zur Drittmittelförderung\*\*\*\*

Welche Erwartungen werden im Rahmen der Antragstellung an die Forschenden kommuniziert? Wie haben sich diese Zuschreibungen über die Zeit verändert? Um den Wandel der modernen Antragspraxis seit ihren Anfängen zu rekonstruieren und tentativ zu erläutern, wurden erstens die Archive der drei ältesten und bedeutendsten Drittmittelgeber konsultiert sowie Interviews mit Praktikern durchgeführt. In einem zweiten Schritt wurden alle zwischen 1959 und 2005 publizierten Richtlinien zur Antragstellung erhoben und systematisch ausgewertet. Aufbauend auf theoretischen Erkenntnissen zur Organisationskommunikation und dem sozialpsychologischen Positionierungsansatz, wird die organisationale Variation diskursiver Zuschreibungspraktiken in der Antragstellung sowohl fallvergleichend als auch historisch betrachtet. Dabei konnten die sich verändernden Positionierungsdynamiken in Bezug zu organisationsspezifischen Entwicklungstendenzen gebracht werden: Es wurde festgestellt, dass der periodisch steigende Wettbewerb von Antragstellern um knappe Drittmittel ab den 1970er-Jahren mit einer stärkeren Rationalisierung der Antragspraxis koinzidiert und die diskursiven Zuschreibungsprozesse tangiert haben könnte, die Förderorganisationen in ihren Antragsrichtlinien verarbeiten.

**Stichworte:** Forschungsförderung; Zuschreibung; Instruktionen; Antragstellung; Drittmittel; Organisationskommunikation; Koevolution; Wettbewerb

\* Kathia Serrano Velarde, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg, E-Mail: Kathia.serrano@mwi.uni-heidelberg.de.

\*\* Martin Hölz, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen, Voßstraße 2, Gebäude 4410, 69115 Heidelberg, E-Mail: Martin.Hoelz@csi.uni-heidelberg.de.

\*\*\* Miriam Schwarz, vormals Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen, Voßstraße 2, Gebäude 4410, 69115 Heidelberg.

\*\*\*\* Wir danken den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern dieser Zeitschrift für die Anregungen und die konstruktive Kritik. Dieses Projekt wurde von der DFG gefördert.

## Grant writing and the discursive positioning of applicants

### A historical analysis of the application guidelines for project-based research funding

What kind of expectations are scientists confronted with when applying for research funding? How have these expectations changed over time and why? In order to understand the changing nature of funding practices in Germany and retrace their origins to the introduction of the first application guideline for project-based research funding in 1959, we combined two data sources: Archival research and interviews with former practitioners in three of the oldest and most renowned German grant making institutions. In addition, we sampled and analyzed all the application guidelines published by the grant makers between 1959 and 2005. Doing so, we were able to identify changes in the way funding organizations relate to the applicant through written communication (or instructions). Building on the insights of Cooren's organizational communication theory and Harré's positioning theory, we observed a coevolution between the discursive positioning of the applicant and the rising competition for funds. We argue that the discursive changes we witness have a strong link to the way funding organizations modelled their selection process over time.

**Keywords:** Research funding; Grant application; Instructions; Competition; Organizational communication; Coevolution; Competition

## 1 Einführung

Das Einwerben von Drittmitteln ist zum festen Bestandteil des Forschungsalltags geworden. Drittmittel bestimmen über Karriereverlauf (Bloch/Graversen/Pedersen 2014) und informieren die leistungsorientierte Mittelvergabe (Geuna/Martin 2003; Hicks 2012). Forschende können sich dem Einwerben von Drittmitteln kaum noch entziehen – doch will gerade das Antragstellen gelernt sein (Laudel 2006). Wer sich zum ersten Mal mit dem Thema befasst, wird zunächst erfreut feststellen, dass sich die deutsche Förderlandschaft im europäischen Vergleich durch pluralistische und durchaus großzügige Fördergelegenheiten auszeichnet (Lepori/van den Besselaar/Dinges/Potì/Reale/Slipersæter/Thèves/van der Meulen 2007). Allerdings erweist sich die Suche nach geeigneten Projektpartnern nicht selten als aufwendig, werden doch zumeist spezielle Forschungsprofile oder Themenfelder gefördert. Obwohl sich die wissenschaftliche Antragstellung seit ihren Anfängen in der Nachkriegszeit erheblich standardisiert hat (Serrano Velarde 2018), werden in den Richtlinien zur Antragstellung jeweils organisationsspezifische Erwartungshaltungen sichtbar, die beim Verfassen eines Antrags zu berücksichtigen sind. Die folgende Untersuchung setzt an dieser Stelle an und fokussiert die diskursiven Positionierungsstrategien der

Förderorganisationen im Rahmen einer Antragstellung. Aufbauend auf theoretischen Erkenntnissen zur Organisationskommunikation (Cooren 2010) und dem sozialpsychologischen Positionierungsansatz (Harré/Moghaddam 2003), soll die organisationale Variation diskursiver Zuschreibungspraktiken in der Antragstellung sowohl fallvergleichend als auch historisch rekonstruiert werden. Welche Erwartungen werden während der Antragstellung an die Forschenden kommuniziert? Wie variieren in der Antragstellungsphase die diskursiven Zuschreibungen zwischen den Drittmittelgebern und haben sie sich im Zeitverlauf gewandelt?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zwei Datenquellen mobilisiert. Im Rahmen einer historisch vergleichenden Fallstudienanalyse wurden zunächst in einem ersten Schritt die Archive der drei ältesten und bedeutendsten wissenschaftsfördern den Einrichtungen Deutschlands (Fritz Thyssen Stiftung, Deutsche Forschungsgemeinschaft, VolkswagenStiftung) konsultiert und Interviews mit Referenten, ehemaligen Kollegiaten und Entscheidungsträgern der Förderorganisationen durchgeführt, um den Wandel der Antragspraxis seit den späten 1950er-Jahren aufzuarbeiten. In einem zweiten Schritt wurden alle zwischen 1959 und 2005 publizierten Richtlinien der drei Fördereinrichtungen zur Antragstellung erhoben und systematisch ausgewertet. Wir begreifen die Richtlinien zur Antragstellung als historische Artefakte, die darüber Auskunft geben, wie die Organisation ihr Verhältnis zu den Antragstellern wahnimmt und gestaltet. Die qualitative Inhaltsanalyse der Antragsrichtlinien fokussiert daher Phänomene der Selbst- und Fremdzuschreibungen von Erwartungen, die an die Antragsteller kommuniziert werden.

Durch die historisch vergleichende Analysemethode können wir etwa einen Unterschied zwischen den diskursiven Positionierungsstrategien sogenannter „offener“ und „themenspezifischer“ Förderorganisationen feststellen. Um die Entwicklung von Zuschreibungsmustern im Zeitverlauf abzubilden und vor dem Hintergrund makrosozialer Trends zu diskutieren, bemühen wir schließlich den Begriff der Koevolution. Wir wollen überprüfen, ob und inwiefern sich die periodisch steigenden Antragszahlen sowie der sich in den 1990er-Jahren abzeichnende Wettbewerb der Förderorganisationen untereinander auf die Entwicklung organisationsspezifischer Zuschreibungsmuster niedergeschlagen haben. Obwohl eine kausale Erklärung der Veränderungen aufgrund der herangezogenen Daten nicht möglich ist, sollen gleichwohl Szenarien der Wechselwirkung zwischen den diskursiven Mikropraktiken der Antragstellung und den populationsimmanenten Wettbewerbsdynamiken identifiziert werden.

Ziel der Studie ist es zum einen, die Antragstellung als rollenkonstitutives Moment für Förderorganisation und Antragsteller festzuhalten und die darin angelegten Handlungsprämissen heraus zu präparieren. Zum anderen wollen wir den Versuch unternehmen, die organisationsspezifische Variation diskursiver Mikropraktiken auf makrosoziale Zusammenhänge hin zu untersuchen. Inwiefern sind die beobachteten Positionierungsdynamiken ein symbolischer Ausdruck dafür, wie sich Förderor-

ganisationen im Verhältnis zur Population der Antragsteller und im Wettbewerb mit anderen Fördereinrichtungen platzieren?

## 2 Zum Verhältnis von Forschungsfinanzierung und Forschenden

Seit Anfang der 2000er-Jahre beschäftigt sich die Wissenschaftssoziologie eingehend mit der Frage der Drittmittelförderung. Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass Drittmittel in zunehmendem Maße für die Finanzierung von Forschungsaktivitäten hinzugezogen werden (Schimank 2005; Hornbostel 2001). Drittmittel sind folglich zu einer festen Größe in der wissenschaftlichen Forschungslandschaft avanciert und spielen eine zentrale Rolle in der Sozialisation und Karrieregestaltung der Forschenden (Youtie/Rogers/Heinze/Shapira/Tang 2013). Damit verbunden ist die Tatsache, dass Drittmittel zunehmend als Indikatoren für die Leistungsfähigkeit und Qualität der Forschung genutzt und beispielsweise in internationalen Rankings oder Benchmarkingprozessen eingesetzt werden (Münch 2007; Hicks/Wouters/Waltman/Rijcke/Rafols 2015). Die soziale Relevanz der drittmittelbasierten Forschungsförderung für die innerwissenschaftlichen Karrierechancen sorgt schließlich dafür, dass immer mehr Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Drittmittel beantragen, die Bewilligungsquoten für Drittmittelprojekte also tendenziell sinken. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen empirischen Befunde lassen sich zwei zentrale Forschungsansätze identifizieren, die sich mit der Interaktion von Drittmittelgebern, Forschenden und Begutachtenden auseinandersetzen.

Einen ersten Forschungsschwerpunkt bilden Studien, die den Einfluss der Drittmittelgeber auf die staatliche Forschungssteuerung und die Autonomie der Forschenden thematisieren (Braun 1998; van der Meulen 1998; Stampfer/Pichler/Hofer 2010). So konstatiert Braun in seiner Untersuchung zum Wandel der Forschungspolitik in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten eine zunehmende Verschiebung des Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Drittmittelgebern (Braun 1997). Durch die Förderung der wettbewerbsbasierten Mittelvergabe tritt der Staat de facto Steuerungsmöglichkeiten an Drittmittelgeber und halbstaatliche Fördereinrichtungen ab (Braun 1993). Guston bringt die der Wissenschaftsförderung inhärente Delegationsproblematik wie folgt auf den Punkt: „The patrons [of research], often ignorant of the content of research, have to make sure they are getting their money's worth on their investment. The performers have to make sure they can demonstrate the sufficiency of their performance to their patrons“ (Guston 2000). Bei der Antragstellung steht also nicht nur die antizipierte Produktivität eines wissenschaftlichen Projektzusammenhangs auf dem Spiel. In der Antragstellung kommt auch eine neue Form der Regulierung der wissenschaftlichen Arbeit zum Tragen, da ein wissenschaftlicher Mehrwert antizipiert werden muss. Gerade diese Erkenntnis hat in jüngster Zeit Forschungsstudien hervorgebracht, die sich mit der institutionellen Beschaffenheit und insbesondere der Wirkung von Förderanreizen (Heinze/Arnold 2008; Laudel/Gläser 2014; Franssen/Scholten/Hessels/

Rijcke 2018) auseinandersetzen und sowohl strukturelle Verteilungseffekte als auch individuelle Bewältigungsstrategien ins Auge fassen. Spätestens seit Mertons Studie zum „Matthäus-Effekt“ (Merton 1968) sind asymmetrische Verteilungssphänomene auch im Wissenschaftssystem zum Untersuchungsgegenstand geworden. Qualitative und quantitative Studien belegen, dass die wettbewerbsbasierte Verteilung von Forschungsgeldern strukturelle, disziplinäre und institutionsspezifische Ungleichheiten in der Wissenschaft reproduziert (Jansen/Wald/Franke/Schmoch/Schubert 2007; Münch 2008; Whitley 2007). Zudem mehren sich die Anzeichen dafür, dass auch die Forschungspraxis selbst vom Wettbewerb um knappe Ressourcen betroffen ist (Gläser/Serrano Velarde 2018): Weingart (2005) meint zum Beispiel, eine Tendenz zur Abkehr von riskanten Forschungsthemen zu erkennen. Auch Hackett (2005) belegt in einer empirischen Studie, dass finanzielle Erwägungen bei der Aufnahme oder Verfolgung individueller Forschungsagenden eine bedeutende Rolle in den Lebenswissenschaften spielen. Neuere Forschungen zu den „protected spaces“ der Wissenschaft heben daher die zentrale Bedeutung wissenschaftlicher Rückzugszonen hervor, in denen innovative Ideen getestet werden können, ohne gleich mit Fragen der Finanzierbarkeit konfrontiert zu werden (Whitley/Gläser/Laudel 2018). Die Studien von Grimpe (2012) oder Morris und Rip (2006) betonen indessen die Reflexionsfähigkeit der Forschenden im Umgang mit diversen Finanzierungsquellen: Wissenschaftler sind dem neuen Förderungsparadigma nicht etwa hilflos ausgeliefert, sondern entwickeln individuelle Bewältigungsstrategien, um sich den veränderten Arbeitsbedingungen anzupassen, ohne die für ihre Profession bezeichnende Autonomie aufzugeben (Sigl 2016). In einer sich ausdifferenzierenden Förderlandschaft erhielten sie sich somit die Chance, ihre Forschungsagenda auf der Grundlage existierender Fördermöglichkeiten strategisch weiterzuentwickeln und sich zu profilieren. Die empirischen Erkenntnisse zum Einfluss von Drittmitteln auf die Forschungspraxis sind also tendenziell ambivalent, auch wenn insbesondere neuere Studien den Forschenden einen durchaus reflektierten Umgang mit der Finanzierungsnotwendigkeit ihrer Forschungsanliegen attestieren.

Den zweiten Forschungsschwerpunkt, der für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung ist, bilden soziologische und soziolinguistische Abhandlungen zum Verfassen diverser wissenschaftlicher Textgattungen. In dieser Forschungstradition wird die Wissensproduktion vornehmlich als kontextualisierte Aushandlung wissenschaftlicher Erkenntnisansprüche zwischen Autoren und Gutachtern verstanden (Knorr-Cetina 1999; Swales 1990; Hirschauer 2005). In seiner soziolinguistischen Analyse des Begutachtungsprozesses eines wissenschaftlichen Aufsatzes stellt Myers zum Beispiel dar, wie Autoren ihre Erkenntnisansprüche durch die iterative Auseinandersetzung mit anonymen Gutachten systematisch modellieren und anpassen (Myers 1985). Bazermanns (1985) Untersuchung zur Rezeption wissenschaftlicher Artikel in der Physik zeigt wiederum, dass Physikerinnen und Physiker bei der Lektüre wissenschaftlicher Texte nach konkreten Signalen Ausschau halten, um das Werk in ihrer „mental map“ des wissenschaftlichen Feldes einordnen zu können.

Wissenschaftliches Schreiben und Lesen sind daher vornehmlich als dynamische Aktivitäten zu verstehen (Angermüller 2013), die Autoren und Gutachter in einen interaktiven, wenn auch meist anonymen Bezug zueinander stellen. Insbesondere soziologische Untersuchungen zu Zitationsstrategien in wissenschaftlichen Aufsätzen unterstreichen die performative Dimension eines Schreibprozesses, in welchem potentielle Leser und Gutachter immer mitgedacht werden (Cozzens 1985; Hargens 2000).

Während strukturelle und diskursive Aspekte der Wissensproduktion im Wissenschaftsfeld bislang zumeist getrennt behandelt wurden, ist es das Anliegen der nachfolgenden Untersuchung, diese beiden Dimensionen zusammenzudenken. Mit der Frage danach, wie Drittmittelgeber ihre konkreten Erwartungen an potentielle Antragsteller kommunizieren, wollen wir rollenkonstitutive Momente der Drittmittelpraxis in den Analysefokus rücken.

Der folgende Abschnitt ist der theoretischen Operationalisierung der Studie gewidmet. Da sich das historisch-vergleichende Untersuchungsdesign in erster Linie auf die Richtlinien und Merkblätter für die Antragstellung konzentriert, ist es notwendig, diese besondere Textgattung soziologisch zu situieren und einen theoretischen Erklärungszugang zu entwickeln, der die diskursive Ebene des Positionierungsprozesses von Förderorganisationen zu fassen vermag.

### **3 Instruktionen und diskursive Zuschreibungsprozesse**

#### **3.1 Instruktionen als institutionalisiertes Genre organisationaler Kommunikation**

Richtlinien gehören – sprachtheoretisch gesehen – zur Textgattung der „Instruktionen“. Instruktionen sind Handlungsanweisungen mit einem belehrenden Charakter wie etwa Rezepte oder Bedienungsanleitungen, die Menschen in die Lage versetzen sollen, ein Verhalten oder eine Vorgehensweise zu reproduzieren (Giesecke 1979). Im Falle der Antragsrichtlinien geht es darum, Forschende in die Lage zu versetzen, ein Schriftstück zu verfassen, das einer systematischen und teilweise auch vergleichenden Begutachtung durch ausgewählte Mitglieder einer Fachgemeinschaft unterzogen werden kann. Instruktionen sind allgegenwärtige Textformen in Organisationen. Zum einen übertragen sie vormals informelle Praktiken in Wort und Schrift und verleihen diesen Praktiken eben dadurch einen offiziellen und teils auch präskriptiven Charakter (Yates/Orlikowski 2002). Zum anderen versetzen Instruktionen Organisationen überhaupt erst in die Lage, ihre Verhältnisse nach innen (zu ihren Mitgliedern) und nach außen (zu ihren externen Anspruchsgruppen) zu modellieren und zu rationalisieren. Dadurch gestalten Instruktionen die Art und Weise mit, in der Menschen ihre Beziehung zur Organisation wahrnehmen und

praktisch leben.<sup>1</sup> Im Rahmen der vorliegenden Studie definieren wir Instruktionen als das Produkt konkreter und punktueller Interaktionserfahrungen, die in Textform gegossen werden, um zukünftige Interaktionssituationen vergleichbarer Art zu modellieren. Damit knüpfen wir an die Arbeiten des Organisationsforschers Cooren an, der mit dem Begriff der „textual agency“ (Cooren 2004) die organisationskonstitutive Beschaffenheit von Kommunikation zu unterstreichen sucht (Cooren/Kuhn/Cornelissen/Clark 2011; Cooren 2012). In dieser Perspektive stellt die verschriftlichte organisationale Kommunikation – in Form von Memos, Instruktionen oder Berichten – nicht nur Rollenstrukturen bereit, die organisationales Handeln anleiten und zuverlässig koordinieren. Ganz im Sinne von Weick (2001) wird auch die individuelle und kollektive Sinngebung über diese Kommunikationsmedien mitgesteuert:

„It is to these texts, whether under the form of memory traces or documents, that human actors orient to, and it is through their contribution that order can be said to emerge. These texts not only have a specific form of existence – they are, to a certain extent, autonomous by being severed from their human origin – but they also contribute to the stabilization of specific schemas of action and the coordination of activities“ (Cooren/Fairhurst 2009, S. 140).

Das Überführen des subjektiven und situierten Erfahrungswissens in textbasierte Handlungsanleitungen für jedermann bedarf jedoch einer radikalen Transformation (Schutz/Luckmann 1979): Die Besonderheit, Einzigartigkeit und Subjektivität interaktiver Erfahrungen im Organisationskontext müssen austariert werden, um eine Abstraktionsleistung zu ermöglichen und eine Interaktionsregel zu schaffen, die auf eine größere Bandbreite vergleichbarer sozialer Situationen übertragen werden kann. Diese „Objektivierung“ (Berger/Luckmann 2009), die darin besteht, eine intersubjektive Realität zu schaffen, die für viele gilt, verleiht Instruktionen einen institutionellen Charakter im Sinne einer „taken-for-grantedness“ (Zucker 1977): Akteure hinterfragen nur selten die interaktiven Regeln, die in Instruktionen festgelegt werden. Vielmehr werden Instruktionen – wie auch Richtlinien der Antragstellung – generell als nicht verhandelbare Äußerungen verstanden. Es mag wohl Fälle geben, in denen z.B. Antragstellerinnen und Antragsteller die Förderorganisation um Präzisierungen und Aufklärung bitten. Letzten Endes wird jedoch von ihnen eingelenkt und der vorgegebene institutionelle Rahmen reproduziert. Lammers bezeichnet die lokutionäre Dimension von Instruktionen daher als „incumbency“, also als die in der Mitteilung implizierte Pflicht des Adressaten, den artikulierten Anweisungen Folge zu leisten (Lammers 2011). Obschon Instruktionen einen durchaus autoritativen Charakter haben (Iedema 2000), sind Möglichkeiten des Widerstands und alternative Handlungsformen nicht gänzlich ausgeschlossen. In

1 In ihrer ethnografischen Untersuchung eines landwirtschaftlichen Geräteherstellers analysiert Winsor (2000) etwa die Rolle standardisierter Arbeitsanweisungen für die Koordination des technischen und des nicht-technischen Personals. Sie stellt fest, dass die von den Ingenieuren verfassten Arbeitsanweisungen als Koordinationsmittel zwischen den unterschiedlichen Arbeitsgruppen fungieren sowie die Interaktion zwischen Ingenieuren und Arbeitern nicht nur strukturiert, sondern überhaupt erst ermöglicht.

„Talking about Machines“ z.B. beschreibt der Anthropologe Orr (2016), wie sich Techniker des Xerox-Unternehmens gezielt und systematisch widersetzen, die Handlungs- und Reparaturinstruktionen des Unternehmenshandbuchs zu befolgen. Das Befolgen der Reparaturinstruktionen verwehrt es den Angestellten, so Orr (2016), von ihrer technischen Expertise Gebrauch zu machen. Zudem würde damit dem Interaktionsspielraum im Umgang mit den Kunden zu enge Grenzen gesetzt. Im Falle einer Forschungsförderung kann man sich den kommunizierten Erwartungen der instruierenden Organisation und den damit zusammenhängenden Zuschreibungsprozessen beim Verfassen eines Antrags jedoch kaum entziehen. Die einzige Option des Widerstands ist hier die Exit-Strategie.

### 3.2 Diskursive Zuschreibungsprozesse in den Richtlinien und Merkblättern für Antragsteller

Um aufzuzeigen, wie Richtlinien jenseits der konkreten Interaktionssituation Zuschreibungsprozesse initiieren, die für den diskursiven Institutionalisierungsprozess von Bedeutung sind, bemühen wir die diskursive Positionierungstheorie der Sozialpsychologen Harré und Langenhove (1991). Tatsächlich ist die diskursive Positionierungstheorie vornehmlich als analytische Strategie zu verstehen, mit der Zuschreibungspraktiken identifiziert werden können, die im Rahmen von Sprechaktsituationen (Austin 1965) ausgeführt werden. Sie ergänzt unser theoretisches Grundverständnis der Antragsrichtlinien dahingehend, als dass mit ihrer Hilfe die antragssprachlich objektivierte Dimension der Drittmittelpraxis auf diskursive Zuschreibungen in kommunikativen Handlungen heruntergebrochen werden kann.

Diskursive Positionen sind, anders als soziale Rollen (Mead/Huebner/Joas 2015; Berger 2006), vorwiegend als dynamische, temporäre Zuschreibungen zu verstehen, die sich im Kommunikationsprozess herauskristallisieren (Davies/Harré 1990). Sie sind durch ein Repertoire an Rechten und Pflichten gekennzeichnet, die in der kommunikativen Handlung expliziert, revidiert und validiert werden. Die Positionierungstheorie fokussiert die performative Dimension einer kommunikativen Handlung, insofern als Positionierungen auf einen interaktiven Prozess verweisen, im Rahmen dessen das Selbstbild des Autors in Relation zum Adressaten verhandelt und inszeniert wird (Harré/Moghaddam 2003). Wie wir bereits gesehen haben, stellt die Antragsrichtlinie eine bestimmte Form von kommunikativer Handlung dar, durch die die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgefordert werden, sich und ihr Projekt gegenüber einer Fachgemeinschaft (die anonymen Fachgutachter) und den Organisationszielen der Förderorganisation darzustellen. Da die diskursive Positionierungstheorie aber stets von einer wechselseitigen Positionierung ausgeht, situiert sich die Förderorganisation in den Antragsrichtlinien auch immer selbst. Sie situiert sich gegenüber den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die die Anträge stellen, den wissenschaftlichen Einrichtungen, denen sie angehören, oder auch den konkurrierenden Förderorganisationen. Als „diskursive Artefakte“ (van Leeuwen 2008) einer organisationalen Praxis bilden Antragsrichtlinien eine

optimale Datenquelle, um kommunizierte Erwartungszusammenhänge sowie Selbst- und Fremdzuschreibungen im Förderkontext historisch vergleichend zu analysieren.

### 3.3 Zur Koevolution von diskursiven Drittmittelpraktiken und institutionalisierten Wettbewerbsformen

Um den historischen Wandel diskursiver Positionen in der wissenschaftlichen Antragstellung theoretisch einzuholen und vor allem auch vor dem Hintergrund makrostruktureller Trends zu situieren, bemühen wir den Begriff der Koevolution. Der ursprünglich aus der Evolutionsbiologie stammende und inzwischen auch für eine evolutionäre Soziologie adaptierte Terminus zielt auf die Wechselwirkung zwischen der mikrosozialen Struktur- bzw. Verhaltensebene und den makrostrukturellen Trends: Durch den Einfluss changierender Umweltbedingungen lernen „Genotyp“-Einheiten wie etwa Individuen (Machalek 2018) oder aber auch Organisationen, sich anzupassen, um ihren „fit“ zu optimieren (Romanelli 1991). Organisatorische Anpassungsstrategien können nicht nur die „genotypischen“ Eigenschaften der Einheiten nachhaltig verändern, vielmehr lösen sie unter bestimmten Bedingungen makrostrukturelle Entwicklungen aus, indem sie etwa die Zusammensetzung und Variation der Population nachhaltig verändern. Dabei ist festzuhalten, dass der Evolutionsbegriff der evolutionären Soziologie von deterministischen Szenarien Abstand nimmt und stattdessen die Kontingenz sozialer und biologischer Entwicklungen betont (Machalek/Martin 2004): Es ist das Aufeinandertreffen sozialer Konfigurationen, Trends und Ereignisse, welche die historisch einmalige Interaktionsdynamik eines sozialen Geschehens in Gang setzt und Variationen hervorbringt, die durchaus auch maladaptiv sein können (Richter 2005). Es mag also nicht verwundern, dass Forscher wie Dietz, Burns und Buttel (1990) und Blute (2010) Parallelen zwischen der Giddens'schen Strukturationstheorie (Giddens 1984) und der Genotyp-Umwelt-Interaktion zu erkennen meinen, geht es letztlich doch um die Fähigkeit der Akteure, strategisch mit einem sozialen Anpassungsdruck umzugehen. Erklärungsansätze der evolutionären Soziologie und der Begriff der Koevolution haben inzwischen auch in der Organisationssoziologie Einzug gehalten. Bereits frühe populationsökologische Arbeiten (Hannan/Freeman 1989; Pfeffer/Salancik 1978) verweisen auf den Interdependenzzusammenhang zwischen dem organisationalen Wandel auf der Mikroebene und den populationsimmanenten Dynamiken auf der Makroebene. Populationswachstum und der Wettbewerb um knappe Ressourcen spielen eine zentrale Rolle bei der existentiellen Frage, welche Organisationen überleben, sich verändern, absterben oder aber neu gegründet werden. Neuere organisationssoziologische Ansätze wie etwa die Feldtheorie von Fligstein und MacAdam (2012) oder aber die emergenztheoretischen Modelle von Padgett und Powell (2012) greifen diese evolutionstheoretischen Prämissen auf und fokussieren insbe-

sondere populationsimmanente Positionierungsdynamiken.<sup>2</sup> Von besonderem Interesse sind hierbei Kooperations- und Abgrenzungsprozesse in einer organisationalen Population. Eine Übertragung auf diskursive Phänomene fand bislang kaum Resonanz, obwohl die sprachliche Kommunikation ein zentrales Koordinationsmedium darstellt (Padgett 2012). Wir wollen dieses Desiderat in diesem Beitrag angehen und das Konzept der Koevolution für das konkrete Beispiel der Antragsrichtlinien und ihres Wandels fruchtbar machen.

Dabei gehen wir von der weiter oben formulierten Annahme aus, dass Antragsrichtlinien Ausdruck symbolischer Positionierungsdynamiken von Förderorganisationen gegenüber einer Population von Antragstellern sind. Verändert sich nun die Population potentieller Antragsteller in dem Sinne, dass die Anzahl der Bewerbungen in Relation zu den Fördersummen stark zunimmt, könnte dies einen Einfluss auf die Kommunikation der organisationalen Erwartungshaltungen haben, die sich wiederum im zeitlichen Verlauf ablesen lassen. Ein weiterer Populationsparameter, den es auf der Makroebene zu berücksichtigen gilt, hat mit der wachsenden Population der Drittmittelgeber zu tun. So konnten wir etwa feststellen, dass die Anzahl wissenschaftsfördernder Organisationen ab den 1990er-Jahren rasant ansteigt. Evolutions-theoretischen Prämissen folgend, könnte man nun vermuten, dass (1) der steigende Wettbewerb der Antragsteller um die knappen Mittel der Förderorganisation und (2) der sich abzeichnende Wettbewerb der Förderorganisationen um die besten wissenschaftlichen und prestigeträchtigsten Projektanträge entscheidende Impulse für die diskursiven Positionierungsstrategien der Drittmittelgeber gesetzt haben könnten.

Damit schließt die Studie an eine These an, die bereits in Stokes „Pasteur’s Quadrant“ (Stokes 1997) formuliert worden ist, ohne aber theoretisch oder empirisch substantiiert zu werden. Stokes (1997) konstatiert etwa, dass die Drittmittelvergabe in den USA in der Nachkriegszeit durch die Einführung eines Peer Review der Anträge erheblich verändert worden ist. Die Art und Weise aber, wie Peers Einfluss auf die Förderentscheidung der Drittmittelorganisation nehmen, hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie sich die Förderorganisation im historisch gewachsenen „basic versus applied research“-Paradigma positioniert. Die vorliegende Studie setzt sich zum Ziel, mögliche Szenarien der Wechselwirkung zwischen mikrodiskursiven

2 Powell und Padgett (2012) gehen beispielsweise davon aus, dass die soziale Einbettung einer Innovation, also ihre Positionierung in heterogenen und vor allem überlappenden organisationalen Netzwerken, eine grundsätzliche Voraussetzung für ihre Skalierung und Diffusion darstellt. Gelingt es einer Innovation (und ihrem Träger), eine soziale Gültigkeit jenseits des ursprünglichen Geltungszusammenhangs zu erlangen, kann diese wiederum (als soziale Norm, Interessengemeinschaft oder Praxis) auf die Mikroebene zurückwirken und eine organisationale Variation anstoßen. Fligstein und McAdam (2012) betrachten wiederum den Wettbewerb etablierter und neu gegründeter (oder hinzugezogener) Organisationen um symbolische Ressourcen in einem strategischen Handlungsfeld als Ausgangspunkt für sozialen Wandel auf unterschiedlichen Ebenen.

Praktiken und makrostrukturellen Trends auf der Grundlage einer systematischen Längsschnittuntersuchung zu sondieren.

## 4 Daten und Methode

Um den Wandel diskursiver Positionierungen in der Praxis der wissenschaftlichen Antragstellung zu untersuchen, haben wir uns auf den Beobachtungszeitraum 1959 bis 2005 konzentriert. Das Jahr 1959 markiert hierbei den Anfang der Standardisierung der Antragstellung durch die erstmalige Einführung einer Antragsrichtlinie. In die vergleichende Fallanalyse mit einbezogen wurden alle veröffentlichten Richtlinien der drei ältesten und bedeutendsten deutschen Förderorganisationen, die Grundlagenforschung finanzieren: die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Fritz Thyssen Stiftung (FTS) und die VolkswagenStiftung (VWS). Um den historischen Wandel der Antragsrichtlinien rekonstruieren zu können, wurden Förderorganisationen betrachtet, die etwa zeitgleich angefangen haben, ihre Antragsteller durch Richtlinien zu adressieren. Unsere Archivuntersuchung konnte nachweisen, dass die DFG, die VolkswagenStiftung und die Fritz Thyssen Stiftung nicht nur die ersten deutschen Richtlinien der Antragstellung publiziert haben, sondern darüber hinaus in den 1960er und 1970er-Jahren in einem engen Austausch standen.<sup>3</sup> Neben einer ausführlichen Untersuchung der Archive und Jahresberichte der drei Förderorganisationen wurden insgesamt elf Interviews mit Beiratsmitgliedern, Fachkollegiaten, aktiven und ehemaligen Referenten durchgeführt, um insbesondere jüngere Entwicklungen der Antragspraxis zu berücksichtigen. Ziel war es, die Analyse diskursiver Positionierungsstrategien in den Antragsrichtlinien um Einsichten aus der organisationalen Förderpraxis zu ergänzen.

In die Inhaltsanalyse wurden alle 33 Richtlinien aufgenommen, die zwischen 1959 und 2005 durch die drei Förderorganisationen publiziert worden sind.<sup>4</sup> Der

3 Die Archivdaten weisen darauf hin, dass sich die drei Förderorganisationen gerade in den Anfangsjahren über forschungsstrategische und -politische Belange berieten. So ist der jeweils amtierende DFG-Präsident seit Gründung auch formales Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Fritz Thyssen Stiftung. In der VolkswagenStiftung waren seit 1962 zahlreiche ehemalige DFG-MitarbeiterInnen beschäftigt (Globig 2002).

4 Es wurden zunächst in einem ersten Schritt alle jemals publizierten Antragsrichtlinien der drei Förderorganisationen erhoben. In einem zweiten Schritt wurden jene Antragsrichtlinien in die Auswertung mit aufgenommen, die Überarbeitungen aufweisen. Im Fall der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) haben wir uns auf die Antragsrichtlinien im Normalverfahren konzentriert. Es handelt sich um das älteste Förderverfahren der DFG, im Rahmen dessen auch die erste Antragsrichtlinie Deutschlands konzipiert worden ist. Für die VolkswagenStiftung haben wir uns vornehmlich auf ausgeschriebene Schwerpunkte in der Politikwissenschaft und der Chemie konzentriert. Die Auswahl der beiden Disziplinen beruht auf dem Prinzip der maximalen Variation (Alter des Faches, epistemische Kultur, Form der sozialen Arbeitsorganisation), das wir an anderer Stelle weiter ausgeführt haben (Serrano Velarde 2018). Wir konnten alle jemals veröffentlichten Antragsrichtlinien der Fritz Thyssen Stiftung in den Textkorpus aufnehmen. Wie und von wem die Richtlinien überarbeitet worden sind, lässt sich gerade in der Beobachtungsphase bis 1990 nur schwer nachvollziehen. Die Archivdaten, die wir einsehen

Umfang einer Antragsrichtlinie variiert zwischen zwei und dreiundzwanzig Seiten. Insgesamt sind 186 Seiten Textmaterial in die Analyse aufgenommen worden (vgl. Anhang 1 für eine ausführliche Darstellung des Textkorpus). Die qualitative Inhaltsanalyse (Miles/Huberman 2007) kombiniert diskurslinguistische (Halliday/Matthiessen 2014; Busse 2007) und thematische Untersuchungsebenen, um den diskursiven Positionierungsstrategien der Drittmitgeber auf den Grund zu gehen.

Im Zentrum der diskursanalytischen Untersuchung stehen die Modalverbkonstruktionen, die in den Richtlinien enthalten sind. Wir begreifen Modalität als ein linguistisches Medium, um unterschiedliche Erwartungshaltungen zu äußern (Wellmann 2008), und setzen drei modale Bedeutungskategorien mit unterschiedlichen Stärkegraden voraus (Dittmar/Ahrenholz 1995):

1. die Möglichkeit mit einem modalen Stärkegrad von 1 („können“, „dürfen“),
2. die Notwendigkeit mit einem modalen Stärkegrad von 2 („müssen“, „sollen“) und
3. den Willen mit den Stärkegraden 1 („mögen“) und 2 („wollen“).

Mit Blick auf die positionierungstheoretischen Prämissen der Studie lässt sich argumentieren, dass Modalverben der Notwendigkeit und des Willens tendenziell mit der Zuschreibung von Pflichten in Zusammenhang gebracht werden, während Modalkonstruktionen der Möglichkeit vornehmlich Handlungsspielräume – also Rechte – zuweisen.

In einem ersten quantitativen Analyseschritt haben wir daher die Entwicklung der Modalverbkonstruktionen zwischen 1965 und 2005 abgebildet und vor allem vergleichend betrachten können (vgl. Anhang 2). Über die Eigenschaften der Bedeutung und des modalen Stärkegrades konnten Aussagen über die veränderte Struktur der Instruktionen getroffen werden. Das Erkenntnisziel bestand darin festzustellen, ob sich die Modalisierung der Handlungen in bestimmten Dekaden veränderte und welche Gestalt dieser Wandel annahm.

In einem zweiten Schritt haben wir die diskursiven Zuschreibungsmuster fokussiert. Ferner wurden Steuerungsdimensionen der Förderrelation identifiziert, welche sich entweder auf das Verfahren der Antragstellung („verfahrenstechnische Steuerungsdimension“) beziehen oder auf die Forschungsinhalte („thematische Steuerungsdimension“). Die Kodierung des textuellen Materials ist auf der Basis eines in AtlasTi abgebildeten Code-Buchs erfolgt (vgl. Abbildung 1).<sup>5</sup>

durften, gaben hierzu keinerlei Auskunft. Einzig die VolkswagenStiftung macht von Anfang an transparent, dass sie die Erarbeitung der Schwerpunkt-Richtlinien einer ausgewählten Gruppe von Fachvertretern anvertraut.

5 Das finale Codebuch besteht aus 6 Hauptkategorien und 33 Unterkategorien.

**Abbildung 1: Metakategorien der qualitativen Inhaltsanalyse**

Metakategorie	Definition	Beispiel
(I) Modalität	Kodiert wurden Modalverben (inkl. Stälegrad), die Möglichkeiten (1), Notwendigkeiten (2) oder einen Willen (3) zum Ausdruck bringen.	„Die Zusammenfassung soll der Unterrichtung der Entscheidungsgremien der DFG über die wesentlichen Intentionen des Vorhabens dienen; sie darf nicht länger als 15 Schreibmaschinenzeilen sein.“ (DFG 1989)
(II) Handlungsrichtung  Grammatikalische Kategorien	Grammatikalische Identifizierung einer passiven und aktiven Handlungsrichtung. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Frage, inwiefern Förderorganisationen und Antragsteller als Agents der Satzhandlung auftreten oder ob sie als Akteur (mit entsprechenden Handlungsinentionen) verborgen bleiben.	„Mit Blick auf den Wandel und die Bildung globaler Strukturen und Ordnungsmuster seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes möchte die Volkswagengesellschaft die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Möglichkeiten zu deren Beeinflussung und Steuerung sowie den Problemen, Grundlagen und Formen einer Gestaltung von Grenzüberschreitenden Beziehungen anregen.“ <i>Aktive Handlungsrichtung</i> (VWS 2000)
(III) Akteure	„Die Befunde sollen zur Weiterentwicklung theoretischer Beschreibungsansätze herangezogen und dann auf zunehmend komplexere Systeme übertragen werden.“ <i>Pasive Handlungsrichtung</i> (VWS 1993)	„Werden dem <i>wissenschaftlichen Beirat von Kuratorium</i> oder dem <i>Vorstand der Stiftung</i> sonstige Fragen unterbreitet, so bestimmt er sein Verfahren nach den Erfordernissen des Einzelfalls.“ (FTS 1961)
(IV) Ressourcen	Kodiert wurden alle kollektiven oder individuellen Akteure, die in der Positionierungsstrategie erwähnt werden. Es wurde zwischen intraorganisationalen Akteuren (bspw. Wissenschaftlicher Beirat, Gutachter) und externen Akteuren (bspw. Antragsteller) unterschieden.	„Wenn zur Durchführung des Forschungsvorhabens vorhandene Geräte einschl. Rechenanlagen nur gegen Bezahlung mittelnutzt werden können, sind die entstehenden Kosten aufzu führen und zu begründen.“ (DFG 1989)
Kategorien der Positionierung  Zeit & Raum	Materielle und immaterielle Ressourcen und Leistungen, die vom Drittmittelegeber oder aber von anderen Akteuren wie Gutachtern oder Antragstellern zur Verfügung gestellt werden.	„Im Interesse der Gutachter sollte sich ein Antrag durch größtmögliche Kürze auszeichnen.“ (DFG 1989)
	Kodiert werden zeitliche und räumliche Angaben, die den Projektablauf oder die Antragstellung strukturieren.	„Wenn das Projekt es erfordert, kann nach einer Förderung von zwei Jahren die ‚Eigene Stelle‘ maximal um ein Jahr verlängert werden.“ (DFG 2005)
(V) Übergeordnete Konzepte	Es wurden übergreifende Konzepte erfasst, welche über den Gültigkeitszusammenhang Referenzrahmen des Antrags hinausgehen (bspw. „Projekt“, „Wissenschaft“, „Förderung“). Durch die Kodierung dieser Elemente geht es zu überprüfen, ob und inwiefern sich Zuschreibungspraktiken auch auf übergeordnete Konzepte wie etwa die „Wissenschaft“ beziehen.	

Während jeweils zwei Kodierer die Modalverbsätze der jeweiligen Förderorganisation sequentiell analysierten, wurden die Interpretationen in einer Teamsitzung abgeglichen und weitergedacht. Mit dem letztgültigen Codebuch haben wir schließlich eine Intercoder-Reliabilität (ICR) von 0,85 erzielt (Lombard/Snyder-Duch/Bracken 2002; Holsti 1969). Auf der Grundlage der diskursanalytischen Untersuchung wurden die Positionierungsstrategien der Förderorganisationen herausgearbeitet und sowohl zeitlich als auch organisationsübergreifend verglichen.

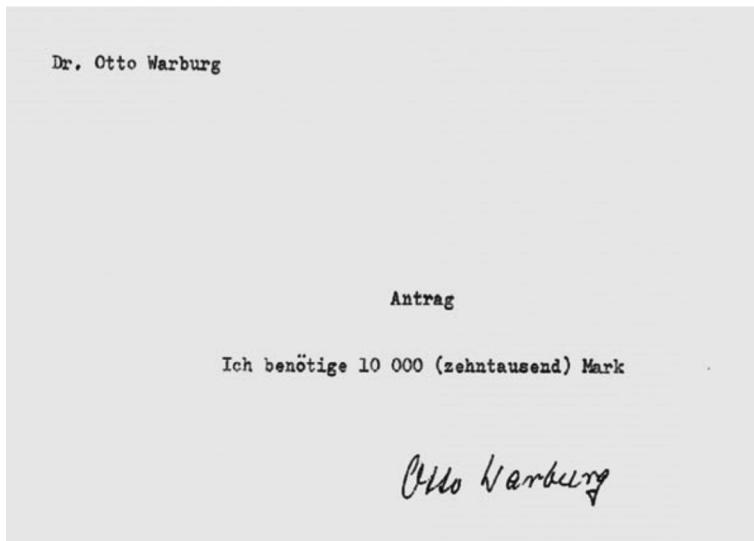
## 5 Analyse

Die Präsentation der Ergebnisse gliedert sich in drei Teile. In einem ersten Analyseabschnitt mobilisieren wir insbesondere Archivquellen, um die sozialen und organisationalen Implikationen darzustellen, die mit der Entwicklung des wissenschaftlichen Antragswesens verbunden sind. Der erste Teil geht zudem auf die historische Entwicklung beider Wettbewerbsdimensionen ein, denen wir im Rahmen der Untersuchung auf den Grund gehen wollen. Der zweite Analyseteil stellt die zentralen Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse vor und fokussiert die diskursiven Positionierungsstrategien der Drittmittelgeber im Zeitverlauf. Die beiden Analyseperspektiven werden im dritten und letzten Teil zusammengefasst. Ziel dieses Teiles ist es, die Koevolution von Wettbewerb und diskursiven Positionierungsmomenten herauszuarbeiten, um mögliche Koevolutionsszenarien zu identifizieren.

### 5.1 Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Antragspraxis: Befunde der Archivuntersuchung

#### 5.1.1 Ursprünge der wissenschaftlichen Antragspraxis

Der Beginn der Antragspraxis in der Drittmittelförderung kann auf die Einführung der ersten DFG-Richtlinie zur Antragstellung im Jahre 1959 datiert werden. Insofern sie den Erwartungsrahmen für Antragsteller und Gutachtende formalisierte, hat diese Richtlinie eine bedeutende Rolle für die Standardisierung der Antragstellung gespielt. Unsere Archivdaten deuten darauf hin, dass es bis zu diesem Zeitpunkt keinen formalisierten Prozess der Antragstellung gab. Stattdessen war die Relation Förderorganisation – Antragsteller durch eine oftmals langjährige Vertrauensbeziehung geprägt (Fisher 1993). Die dichte Korrespondenz zwischen Forschenden und Förderreferenten, die wir in den Archiven vorgefunden haben, weist darauf hin, dass Projektideen mündlich oder im Schriftwechsel ausgehandelt wurden und der Antrag selbst vornehmlich nur formale Zwecke erfüllte (vgl. Abbildung 2).

**Abbildung 2: Erfolgreicher Antrag aus dem Jahr 1921**

*Anmerkung:* Otto Warburg war ein Biochemiker, der 1931 den Nobelpreis für die Entdeckung des Atmungsferments erhielt. Die Abbildung wurde zum ersten Mal in (Koppenol/Bounds/Dang 2011) publiziert und mit Einverständnis der Autoren und der Fachzeitschrift *Nature Reviews Cancer* wiedergegeben.

Die Einführung der ersten Richtlinie zur Antragstellung im Jahre 1959 hat die Interaktion zwischen Förderorganisation und Forschende dahingehend verändert, als dass sie gemeinsame Regeln für alle Antragsteller festlegte und die einstige Einzigartigkeit und Personengebundenheit der Förderrelation auflöste. Damit schuf die DFG Organisations- und Kommunikationsroutinen, um mit einer steigenden Nachfragesituation zurechtzukommen, die die Kapazitäten der Referenten ansonsten schnell überfordert hätte. Zugleich rief dieser Bürokratisierungsprozess (Weber 2013) aber auch neue Rollen- und Erwartungszusammenhänge ins Leben, die für das professionelle Selbstverständnis der Forschenden fortan an Bedeutung gewonnen haben: Die Einführung der Richtlinie formalisierte die Rolle der Antragsteller und diffundierte über die Jahre in andere Förderprogramme und -organisationen. Ab den 1970er-Jahren hatten die meisten deutschen Drittmittelgeber Richtlinien, die den Merkblättern der DFG nachempfunden waren. Von nun an war es unmöglich, eine Finanzierung zu beantragen, ohne einen formalen Antrag einzureichen, der Auskunft über die wesentlichen Aspekte der Projektorganisation gab und den Fachgutachtern vorgelegt werden konnte. Somit wurde der Antrag zur Bedingung für die Implementierung eines systematischen Peer-Review-Verfahrens. Die Instruktionen der Förderorganisationen enthielten sowohl Informationen zu den Förderbedingungen als auch konkrete, handlungsorientierte Botschaften über das Antragschreiben (vgl. Abbildung 3).

### Abbildung 3: Die erste Antragsrichtlinie Deutschlands (DFG 1959)

#### *Antragstellung*

**Anträge können jederzeit gestellt werden. Sie sollen enthalten:**

- 1. das Thema des Forschungsvorhabens,**
- 2. das Arbeitsprogramm,**
- 3. die voraussichtliche Dauer der Arbeit,**
- 4. eine Aufgliederung der erbetenen Forschungsmittel. Die einzelnen Anforderungen sind zu begründen.**

**Bei Erstanträgen empfiehlt es sich, die Unterlagen zweifach einzureichen und für den Fall der Bewilligung eine Bankverbindung anzugeben.**

**Angehörige von Hochschulen werden gebeten, den Vertrauensmann der Deutschen Forschungsgemeinschaft von der Antragstellung zu benachrichtigen.**

Die Richtlinien waren mehr als nur eine Gliederungshilfe für Antragsteller. Sie lösten systematische Rechtfertigungsdynamiken aus, die für den Begutachtungsprozess von zentraler Bedeutung waren. Aus diesem Grund verstehen wir die Richtlinie als wesentlichen Bestandteil der Antragspraxis.

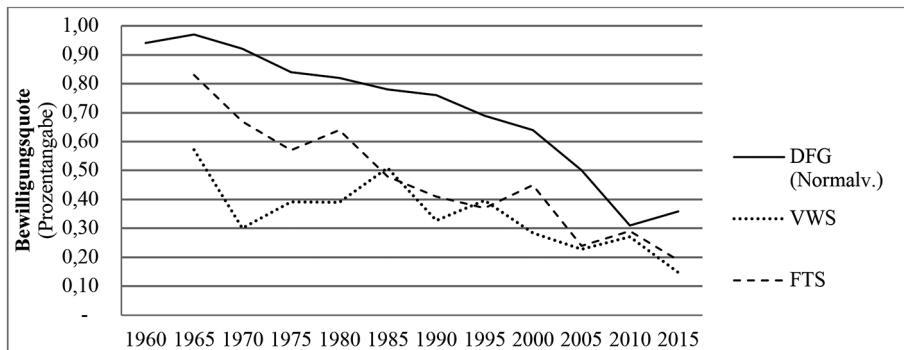
#### 5.1.2 Der Wettbewerb um Drittmitte vs. der Wettbewerb um die besten Antragsteller

Wir argumentieren nun, dass die beobachtete Dynamik der diskursiven Positionierungen in der Antragstellung auf makrosoziale Erklärungsfaktoren zurückgeführt werden könnte. Zwei Populationsparameter gilt es im Rahmen unserer Untersuchung von Koevolutionsprozessen genauer zu betrachten. Zum einen handelt es sich um den drastischen Anstieg von Bewerberzahlen infolge der Hochschulexpansion ab den 1970er-Jahren. Zum anderen wollen wir die in den 1990er-Jahren einsetzende Pluralisierung der Förderlandschaft durch die Neugründung von wissenschaftsfördernden Stiftungen auf nationaler und europäischer Ebene betrachten. Während der Anstieg der Bewerberzahlen vor allem einen organisationsinternen Wettbewerb zwischen den Antragstellern um knappe Ressourcen darstellt, könnte die Welle von Stiftungsgründungen ab den 1990er-Jahren einen Wettbewerb der Drittmittelgeber um die besten (bzw. prestigeträchtigsten) wissenschaftlichen Projektanträge angestoßen haben. Basierend auf der Untersuchung von Archivdaten, Jahresberichten und existierenden historischen Abhandlungen zum deutschen Förderwesen, rekonstruieren wir an dieser Stelle die beiden Wettbewerbsdimensionen der Antragstellung im Zeitverlauf.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die drastisch steigenden Bewerberzahlen ab Mitte der 1970er-Jahre auf den sogenannten „Öffnungsbeschluss“ für die Hochschulen durch die verantwortlichen Bundesländer zurückzuführen sind (Framhein/ Preisert 1980). Die Aufhebung der Zulassungsbeschränkung zum Hochschulstudium hatte weitreichende Konsequenzen für die Forschungsförderung. Während

die wissenschaftliche Kapazität an deutschen Forschungseinrichtungen erhöht wurde, wurde der Löwenanteil des Hochschulbudgets in die Hochschullehre investiert (Schimank 1995). Wer forschen wollte, brauchte also externe Mittel. Die Auswertung der Jahresberichte belegen, dass alle drei Fördereinrichtungen ab den 1970er-Jahren mit dem Problem steigender Antrags- und Bewerberzahlen konfrontiert waren. Diese Situation resultierte in systematisch sinkenden Bewilligungsquoten – eine Tendenz, die bis heute anhält (vgl. Abbildung 4).

**Abbildung 4: Fachübergreifende Bewilligungsquoten im DFG-Normalverfahren, der Fritz Thyssen Stiftung und der Volkswagen Stiftung (1960-2015)**



*Anmerkung:* Die Zusammenstellung erfolgte auf der Grundlage der Selbstangaben der Förderorganisationen und der in den Jahresberichten enthaltenen Bewilligungsquoten. Eigene Darstellung.

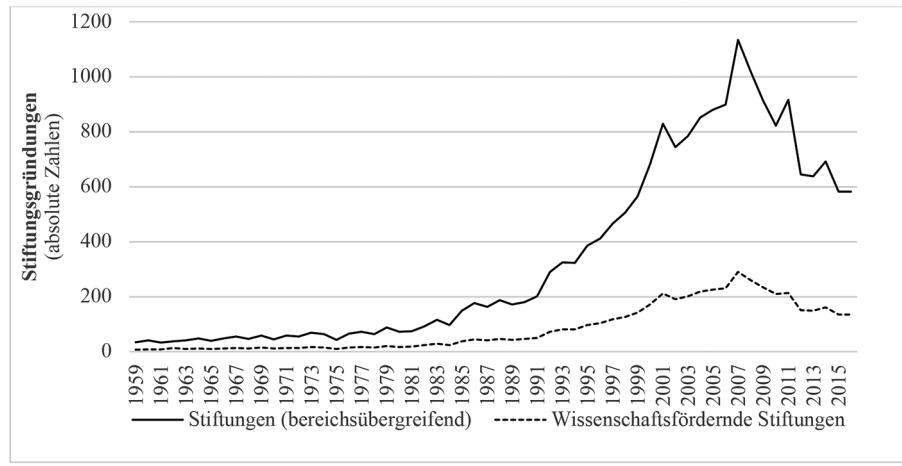
Unsere Archivuntersuchungen haben ergeben, dass alle drei Förderorganisationen den konstatierten Engpass zwischen Drittmittelangebot und -nachfrage zum Anlass genommen haben, um die Antragstellung zu rationalisieren, d.h. die Gutachterwahl zu thematisieren und den Auswahlprozess in den Antragsrichtlinien transparent zu machen. Allerdings hat dieser erste Wettbewerbsimpuls auch organisationsspezifische Lösungsstrategien angestoßen. Die DFG etwa bewältigte die Nachfragesituation in erster Linie dadurch, dass sie den Auswahlprozess der Projektanträge verschärfte und die Rolle der Gutachter bzw. deren Verständnis von „wissenschaftlicher Qualität“ (Neidhardt 1988) in den Vordergrund stellte. Senatsprotokolle aus der Zeit belegen, dass der finanziell begründete Druck, eine stärkere Auslese zu treffen, auf direktem Weg an die Gutachter weitergegeben wurde. In einem Brief an die Gutachter aus dem Jahr 1975 heißt es z.B.:

„Bitte denken Sie bei der Prüfung dieses Antrages auch an die kritische Finanzlage der Forschungsgemeinschaft! Muß das Forschungsvorhaben trotz der angespannten Situation jetzt durchgeführt werden? Sind Personal, Geräte, Verbrauchsmaterial, Reisen im gewünschten Umfang unbedingt nötig? Oder kann das Vorhaben auch mit einer geringeren Summe durchgeführt werden?“ (DFG 1975).

Die VolkswagenStiftung, die bereits 1975 einen „*Leistungskraftverfall*“ (VWS 1975) registrierte, fokussierte ihre Aktivitäten stattdessen stärker auf die Förderung spezifischer Themenstellungen und Förderschwerpunkte, die sie selbst vorgab. So wurde nicht mehr potentiell alles und jeder gefördert, sondern der Kreis der Adressaten verringerte sich deutlich auf jene, die sich ausschließlich mit den thematischen Vorgaben der Stiftung auseinandersetzen (Globig 2002).<sup>6</sup> Auch die Fritz Thyssen Stiftung definierte im Zuge der späten 1970er-Jahre Themenschwerpunkte, die allerdings weitaus offener gehalten waren und insbesondere „*kleinere bis mittelgroße, zeitlich begrenzte Projekte*“ (Interview mit einem ehemaligen Referenten der Fritz Thyssen Stiftung) im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften begünstigten. Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse wollen wir der Frage nachgehen, inwiefern der „interne Wettbewerb“ um Forschungsmittel und die damit zusammenhängenden organisationalen Anpassungsstrategien mit dem Wandel diskursiver Zuschrreibungsprozesse in den Antragsrichtlinien koinzidieren.

Die Pluralisierung der Förderlandschaft durch Stiftungsneugründungen in den 1990er-Jahren schuf neue Verhältnisse in der Population der Drittmittelgeber. Die statistische Erhebung des Bundesverbands Deutscher Stiftungen (BDS 2014) weist auf eine rapide ansteigende und kurzfristige Expansionsphase von bis zu 52 Neu gründungen im Jahr hin, die in den späteren 2000er-Jahren abebbtt.

6 Im Jahresbericht der Volkswagenstiftung heißt es hierzu: „Das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk sieht es als seine Aufgabe an, die Aktivitäten der Stiftung in den Gesamtrahmen von Forschung und Lehre so einzufügen, daß sie in eigenständiger und unabhängiger Förderungspolitik besonders solche Themen und Gebiete aufgreift, die vom Staat und von anderen forschungsfördernden Stellen aus verschiedenen Gründen noch nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Auch eine große Stiftung wird mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nie mit dem staatlichen Geldgeber quantitativ in Konkurrenz treten können und wollen. Vielmehr liegt die Aufgabe einer Wissenschaftsstiftung darin, ein stimulierender Faktor zu sein für sich anbahnende Reformen, Anstöße zu geben für neue, erst zu entwickelnde Fachgebiete, Modelle zu schaffen, deren Übernahme in das Gesamtsystem nach erfolgreicher Erprobung dann Aufgabe des Staates wäre, Mut für Experimente in Spezialgebieten zu haben, deren Erfolg nicht eindeutig vorausschaubar ist“ (VWS 1970, S. 16).

**Abbildung 5: Anzahl der Stiftungsgründungen (1959–2016)**

Anmerkung: Die Zusammenstellung erfolgte auf der Grundlage der Zahlenangaben in den Berichten des Bundesverbands Deutscher Stiftungen (BDS 2014, 2017). Eigene Darstellung.

Obwohl die Mehrheit der gegründeten Stiftungen zu klein ist, um eine wissenschaftliche Projektförderung anzubieten, handelt es sich nichtsdestotrotz um eine substantielle Pluralisierung der Förderlandschaft. In Kombination mit einer expandierenden europäischen Förderstruktur für wissenschaftliche Anliegen (Luukkonen 2014) könnte sich diese Form des externen Wettbewerbs auf die Positionierungsstrategien etablierter Förderorganisationen wie die DFG, die Fritz-Thyssen-Stiftung und die VolkswagenStiftung ausgewirkt haben. Evolutionstheoretischen Prämissen folgend ließe sich argumentieren, dass eine solche Wettbewerbsdynamik mit Abgrenzungsprozessen der Organisationen untereinander einhergeht. Wir wollen daher untersuchen, ob und inwiefern sich solche Abgrenzungsprozesse auf der symbolischen Ebene diskursiver Mikropraktiken abbilden lassen. Während der interne Wettbewerb vor allem einen Einfluss auf die diskursive Positionierung der Antragsteller gehabt haben könnte, ist es sinnvoll, davon auszugehen, dass die Pluralisierung der Forschungslandschaft in den 1990er-Jahre die Selbstzuschreibung der Drittmittelgeber tangierte. Diese populationsökologischen Entwicklungsmomente gilt es nun auf ihre diskursiven Implikationen hin zu untersuchen.

## 5.2 Diskursive Positionierungsstrategien in den Richtlinien zur Antragstellung

### 5.2.1 Zur Disziplinierung der Antragsteller in den DFG-Richtlinien

Der qualitativen Inhaltsanalyse lagen die „Hinweise für Antragsteller“ für den Bereich der Sachbeihilfen im Normalverfahren ab dem Jahr 1959 zugrunde. Das Normalverfahren war das erste und lange Zeit auch bedeutendste Förderprogramm

der DFG. Das offene Antragsverfahren bot daher die Gewähr, den „eigentlichen Quellgrund der wissenschaftlichen wie jeder anderen geistigen Leistung, nämlich die freie Phantasie des Forschers und seinen nur dem eigenen Gewissen verantwortlichen Drang nach Erkenntnis zu erschließen“ (Orth/Oberkrome 2010, S. 92). Die Richtlinien der Antragstellung wurden seit 1959 mehrfach und in unregelmäßigen Abständen überarbeitet, und ihr Seitenumfang hat sich seit diesem Zeitpunkt mehr als verdreifacht.

In den Antragsrichtlinien stellt sich die DFG durchgehend als mitgliedschaftsbasierte bzw. gemeinschaftsbildende Organisation dar (Torka 2009). Der Fokus der Positionierungsstrategie liegt deshalb auf die Profilierung der Mitglieder, welche diese Organisation konstituieren: Antragsberechtigt sind in erster Linie promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland, die an einer öffentlichen Hochschule oder gemeinnützigen Forschungseinrichtung beschäftigt sind. Während sich die DFG in den frühen Antragsrichtlinien noch als aktiv steuernde Organisation positioniert, die Antragsteller in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit unterstützt und gemeinschaftsbildende Aufgaben übernimmt, kommt es Ende der 1970er-Jahre zu einem Bruch. Die DFG präsentiert sich seitdem zunehmend in einem distanzierten Verhältnis zu den Antragstellern. Sprachlich betrachtet tritt die DFG zumeist als indirektes Objekt in Erscheinung und verbirgt sich hinter prozessualen Substantivierungen wie etwa „Verfahren der DFG“, „Förderung der DFG“ oder „DFG-Vordruck“. In aktiver Form tritt sie lediglich dann auf, wenn sie ihr Recht formuliert, Antragsteller insbesondere in verfahrenstechnischer Hinsicht zu disziplinieren: „Die DFG bittet Sie im Antrag alle für das geplante Vorhaben einschlägigen Fragen – aber nur diese – [...] zu beantworten“ (DFG 2003). Dieser Rückzug aus einer aktiven Selbstpositionierung geht einher mit einer aktiven Ausgestaltung der Rolle der Antragsteller, deren diskursive Position zunehmend mit Pflichten ausgestattet wird.

Ab den 1970er-Jahren formt und institutionalisiert die DFG also die Subjektposition der „Antragsteller“, die nun als zentrale Subjekte der Antrags- und Förderhandlung auftreten:

„Auch die Form des Antrags bleibt dem Antragsteller überlassen, doch sollten die in den Merkblättern enthaltenen Hinweise beachtet werden“ (DFG 1963).

„In dieser Darstellung sollte deutlich werden, wo der Antragsteller seine eigenen Arbeiten eingeordnet sieht und zu welchen der anstehenden Fragen er einen Beitrag leisten will“ (DFG 1981).

Werden den Antragstellern zu Beginn des Beobachtungszeitraums noch Möglichkeitsspielräume in der Antragsgestaltung zugestanden, so werden 1981 bereits erste Rechtfertigungsmuster durch die Richtlinie vorgegeben. Antragsteller werden etwa dazu angehalten, sich und ihr Projekt im Forschungsfeld einzusortieren. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Antragsteller werden also dadurch beschnitten, dass ihnen sowohl Relevanzsysteme als auch gültige Formen der Selbstdokumentation (unter anderem durch die Angabe projektrelevanten „Vorarbeiten“) vorgeschrieben werden.

Konstitutiv für die Fremdpositionierungsstrategie der DFG ist die Unterscheidung zwischen den Forschenden als Mitglieder der Wissenschaftsgemeinschaft und dem Antragsteller. Als Mitglieder der Wissenschaftsgemeinschaft erhalten Forschende Zugang zu den Gemeinschaftsressourcen, die von der DFG bereitgestellt werden. Sobald sie dieses Recht in Anspruch nehmen, verändert sich allerdings auch ihre Subjektposition. Sie werden „Antragsteller“, eine diskursive Position, die sich durch detailliert vorgegebene Pflichten auszeichnet. Diese Beobachtung lässt sich auch anhand des Gebrauchs der Modalverben untermauern. Die diskursive Position der Antragsteller wird über den Beobachtungszeitraum zunehmend mit Modalverben der Notwendigkeit in einen Zusammenhang gebracht. Das „Projekt“ gilt in den Richtlinien als wesentlicher wissenschaftlicher Handlungsrahmen und somit auch als zentraler Bezugspunkt der DFG-Förderung. Die Leitung, Durchführung und generelle Verantwortung für das Projekt obliegt den Antragstellern, deren managerriale Kompetenzen über die Zeit verstärkt in den Vordergrund der Legitimationsstrategie rücken. Im folgenden Auszug aus den Antragsrichtlinien des Jahres 1995 werden die Antragsteller beispielsweise dazu angehalten, Möglichkeiten der Quersubventionierung zu sondieren:

„Welche Mittel – auch anderer Drittmittelgeber – werden Ihnen voraussichtlich (außer den mit diesem Antrag erbetenen Mitteln) zur Verfügung stehen, die Sie im Rahmen des vorgelegten Vorhabens einsetzen können? Welche anderen Voraussetzungen sind gegeben?“ (DFG 1995).

Die Fremdpositionierung der Antragsteller oszilliert also zwischen einer langfristig ausgelegten diskursiven Position eines Mitglieds der Wissenschaftsgemeinschaft einerseits und der ausdifferenzierten Subjektposition „Antragsteller“ andererseits, im Rahmen derer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Leitung, Durchführung und Organisation des Projekts verantwortlich gemacht werden:

„Kostenaufstellung gemäß Abschnitt III mit Begründung für maximal drei Jahre. Bei mehrjährigen Forschungsvorhaben ist für den im Antrag noch nicht angegebenen Bedarf, soweit möglich, ein Gesamtüberblick zu geben“ (DFG 1972).

„Die Qualität des Arbeitsprogramms ist für die Förderungswürdigkeit des Vorhabens von entscheidender Bedeutung. Das Arbeitsprogramm muss u. a. schlüssig nachweisen, warum welche Mittel wofür beantragt werden, ggf. mit Hinweisen auf die einzelnen beantragten Positionen“ (DFG 1995).

Diese Zitate aus den Jahren 1972 und 1995 weisen darauf hin, dass die an die Antragsteller herangetragenen Pflichten über die Zeit nicht nur zunehmen (Felt 2013) und mit einer stärkeren Aufforderungsintensität kommuniziert werden. Vielmehr müssen Antragsteller bereits im Antrag ihre Bereitschaft und Kompetenz signalisieren, diesen Pflichten zu entsprechen:

„Mit Einreichung des Antrags auf Bewilligung einer Sachbeihilfe bei der DFG verpflichtet sich der Antragsteller, [...] die bewilligten Mittel ausschließlich im Interesse einer zielfesten Verwirklichung des geförderten Vorhabens einzusetzen“ (DFG 2005).

Die Richtlinien der DFG spiegeln die Geschichte einer Organisation wider, die sich über die Zeit aus dem wissenschaftlichen Kompetenzbereich zurückzieht, während

sie Antragsteller vornehmlich über die verfahrenstechnische Dimension steuert. Ziel ist es, eine möglichst vergleichbare Vorlage für einen Evaluationsprozess zu schaffen, der in die Hände der Fachgemeinschaft gelegt wird. Diese Entwicklung resultiert in einer passiven Selbstpositionierung und einer aktiven Fremdpositionierungsstrategie, welche die diskursive Position des „Antragstellers“ – seine Rechte und Pflichten – durchaus kleinteilig zu regulieren versucht.

### 5.2.2 Frühe Formalisierung der Antragspraxis durch die Fritz Thyssen Stiftung

Die Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung (FTS) fördert seit 1959 Einzelpersonen, Institutionen, Veranstaltungen sowie Projekte, die gegenwärtig in fünf disziplinäre Förder- bzw. Querschnittsbereiche eingeteilt sind. Die „Hinweise für Antragsteller“ wurden bereits sehr früh, seit 1961, herausgegeben und in unregelmäßigen Abständen überarbeitet. Betrachtet man die Entwicklung dieser Dokumente, so lässt sich auch für diese Fördereinrichtung ein historischer Bruch feststellen, der Anfang der 1980er-Jahre stattgefunden hat.

In den Anfangsjahren nach ihrer Gründung positioniert sich die Fritz Thyssen Stiftung als eigenständig agierende private Stiftung, die ihre Förderagenda über Positiv- und Negativlisten kommuniziert. Obwohl sie sich zunächst in Abgrenzung zur staatlichen Förderung inszeniert, hält sie sich Kooperationsmöglichkeiten offen und gewährt etwa „Starthilfe“ für „Maßnahmen, die dazu dienen, Einrichtungen, deren Pflege an sich Staatsverwaltungen zufiele, zeitlich früher ins Leben zu rufen“ (FTS 1961). Auf der Suche nach ihrem Platz im neuen Feld der Forschungsförderung, bezieht die Fritz Thyssen Stiftung in den Gründungsjahren unmittelbar Stellung zu Empfehlungen wissenschaftspolitischer Einrichtungen. Kurz vor dem historischen Bruch Ende der 1970er-Jahre äußert sich die Fritz Thyssen Stiftung in ihren Instruktionstexten so deutlich wie nie zu ihrem Recht, den Produktionsprozess wissenschaftlichen Wissens mitzusteuern:

„Sofern von dem Vorhaben neben der Erweiterung der wissenschaftlichen Erkenntnis Ergebnisse erwartet werden, die unter außerwissenschaftlichen – z. B. wissenschaftspolitischen, wirtschaftlich-technischen, gesellschaftspolitischen – Aspekten bedeutsam sind, sollte darauf hingewiesen werden“ (FTS 1975).

Die Überarbeitung der Richtlinie Anfang der 1980er-Jahre markiert jedoch das Ende der aktiven Selbstpositionierung der Fritz Thyssen Stiftung. Mit der seit den 1970er-Jahren einsetzenden zunehmenden Fremdpositionierung der Antragsteller geht ein kontinuierlicher Rückzug der Förderorganisation aus der aktiven Steuerung des Forschungsprozesses einher, deren eigene Position sich zum Ende des Beobachtungszeitraums darauf beschränkt, lose verfahrenstechnische Vorgaben zur Strukturierung des Vorhabens vorzuhalten.

Die sich wandelnde Selbstpositionierung fällt mit einer sich verändernden Haltung zur Position der Antragsteller zusammen, die sich im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse ebenfalls deutlich abzeichnet. Während in den 1960ern noch die

Subjektposition des „wissenschaftlichen Gelehrten“ adressiert wird, der sich durch die Breite seines Wissens auszeichnet, spricht die Fritz Thyssen Stiftung in den Richtlinien von 1975 die Wissenschaftler als „Antragsteller“ an und erlegt diesen im Rahmen strukturierter Vorgaben detaillierte Pflichten auf. Auf dem wissenschaftlichen Kompetenzfeld etwa sollen Antragsteller „den Problemkreis deutlich machen, in dem das Vorhaben einzuordnen ist“ (FTS 1975); gleichfalls ist nun auch der eigenständige Beitrag, den die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch die Projektförderung erbringen werden, zu charakterisieren. Neben dieser thematischen Steuerung, die sich als verstärkte Inpflichtnahme der Antragsteller darstellt, nehmen auch die verfahrenstechnischen Vorgaben im managerialen Kompetenzfeld zu. So ist als weitere Voraussetzung für die Durchführung des Vorhabens „anzugeben, welche weiteren Mittel ihm [dem Antragsteller] zur Verfügung stehen werden“ (ibid.). Es werden Informationen über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, der Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern sowie ein detailliertes, zeitlich strukturiertes Arbeitsprogramm eingefordert. Diese Fremdpositionierung der Antragsteller geht bereits Anfang der 1980er wieder deutlich zurück und erreicht zum Ende unseres Untersuchungszeitraumes ein vergleichsweise niedriges Niveau. So positioniert die Fritz Thyssen Stiftung in den jüngsten Richtlinien die Antragsteller lediglich als Statusgruppe, die das Recht auf den Zugang zum Verfahren der Antragstellung haben: „Antragsteller/innen müssen promoviert sein. Nachwuchswissenschaftler/innen können im Rahmen eines Projekts die eigene Stelle beantragen“ (FTS 2010). Auch werden in den Richtlinien kaum noch Pflichten im Rahmen der Antragstellung formuliert. Die manageriale Verantwortung von Projekten wird stattdessen an die Institutionen delegiert, an denen Antragsteller verortet sind: „Die Mittel sind durch die zuständige Hochschule/Institut zu verwalten [...]“ (FTS 2010). Nach einer Phase der aktiven wissenschaftspolitischen Selbst- und Fremdpositionierung pendelt sich die Fritz Thyssen Stiftung ab 1982 auf eine thematisch neutrale Position ein, die ihre Erwartungen vornehmlich über Modalverben der Möglichkeit artikuliert.

### 5.2.3 Die Selbstpositionierung der VWS

Seit 1962 fördert die VolkswagenStiftung (VWS) als private Stiftung sowohl Einzelpersonen, Institutionen, Veranstaltungen sowie Forschungsprojekte über die Setzung thematischer Schwerpunkte. Zusätzlich zu den allgemeinen Bewilligungsgrundsätzen werden in den 1970er-Jahren die Merkblätter zur Antragstellung eingeführt, welche als Datengrundlage für die qualitative Analyse ausgewählt wurden. Da jede Förderinitiative mit einem separaten Merkblatt bedacht worden ist, sind seit 1970 über hundert Merkblätter von der VolkswagenStiftung publiziert worden (VWS 2002). Generell weisen die Merkblätter ein hohes Maß an Beständigkeit auf, was sich darin widerspiegelt, dass Sätze und Textstrukturen übernommen werden.

Die Stiftung positioniert sich in den Merkblättern mit den Rechten und Pflichten einer interessengeleiteten Organisation, die selbst aktiv die Wissenschaften steuert.

Dies zeigt sich, erstens, daran, dass sie Defizite der Wissenschaftspraxis vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaft diagnostiziert. Im Rahmen dieser inszenierten Defizitdiagnose dienen ihr die gesellschaftlichen Umstände einerseits als Maßstab, an dem sich der Forschungsstand immer wieder anpassen muss, andererseits als Legitimationsquelle ihrer eigenen Steuerungsansprüche:

„Dieser Förderungsschwerpunkt soll Untersuchungen zur Europapolitik, für die die Stiftung Volkswagenwerk schon bisher Interesse gezeigt hatte, mit Fragestellungen zusammenführen, die eine verstärkte Unterstützung der problemorientierten sozialwissenschaftlichen Forschung in Südeuropa erlauben“ (VWS 1986).

So sind die Förderschwerpunkte also thematisch nur gerechtfertigt, wenn sie an aktuelle Trends anschließen und mit der Wandlungsrichtung übereinstimmen, die von der Stiftung vertreten wird. Zweitens fordert die VolkswagenStiftung eine neue Art der Wissensproduktion, die sich über vermeintlich unzeitgemäße Grenzen geografischer und symbolischer Räume (z.B. Nation oder Disziplin) hinwegsetzt: „Die VolkswagenStiftung möchte dazu anregen, sich materialwissenschaftlichen Fragestellungen zuzuwenden, die die traditionellen Grenzen der Werkstoffdisziplinen überschreiten“ (VWS 2001). Der VolkswagenStiftung zufolge können Wissenschaftler nur über den Status quo hinausgehen, wenn sie die bestehenden institutionellen Effekte von disziplinären Grenzen auf die Wissensproduktion überwinden, ihr Forschungsobjekt also gänzlich neu betrachten. Das Ziel besteht darin, durch die Stimulierung transdisziplinärer Herangehensweisen neue Formen der Erkenntnis zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang betrachtet sich die VolkswagenStiftung sowohl als stimulierendes Agens und als Urheber des ideellen Rahmens, in dem sich Antragsteller bewegen, als auch als diejenige Instanz, welche die Möglichkeiten und Konditionen zur praktischen Umsetzung schafft. Drittens konnten wir feststellen, dass die verfahrenstechnische Steuerung vergleichsweise schwach ausgeprägt ist. Demgegenüber gründen sich die Rechte und Pflichten, mit denen die VolkswagenStiftung ihre eigene Position ausstattet, auf der Selbstzuschreibung weitreichender wissenschaftlicher Kompetenzen. Diese Kompetenzen befähigen die Stiftung zur Diagnose der Lage des Wissenschaftssystems sowie zur daraus abgeleiteten thematischen Steuerung der Förderschwerpunkte. Das für die VolkswagenStiftung typische Auftreten des Modalverbes „mögen“ im Zusammenhang mit der thematischen Steuerungsdimension zeigt eine aktive Selbstpositionierung innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems an: „Die Stiftung Volkswagenwerk möchte mit diesem Förderschwerpunkt zu einer empirisch-quellenmäßig fundierten Erforschung der deutschen Entwicklung seit dem Ende des Zeiten Weltkrieges beitragen“ (VWS 1984).

Die Selbstinszenierung der VolkswagenStiftung als wissenschaftlich gestaltender Akteur und gesellschaftlich legitime Steuerungsinstanz steht jedoch im Kontrast zur Fremdpositionierung der Antragsteller, die vornehmlich als Mittel zum Zweck dargestellt werden. Die Beziehung der VolkswagenStiftung zu den Antragstellern gründet sich auf einem zweckrationalen Austausch von wissenschaftlichem Output und

Fördermitteln. Der Transaktion sind allerdings strenge Regeln gesetzt: Nur wer den thematischen Steuerungsanspruch der Förderorganisation akzeptiert und die kommunizierten Erwartungen erfolgreich umsetzt, kann mit seiner wissenschaftlichen Expertise in die befristete Förderbeziehung eintreten: „Vorrang genießen Vorhaben, die eine Kooperation zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Nationen bzw. Kulturen vorsehen und insofern auch selbst schon interkulturelle Kompetenz vermitteln können“ (VWS 1996). Die Antragstellerinnen und Antragsteller werden in den Richtlinien vornehmlich in ihrer Position als fachspezifische Wissenschaftler und Experten adressiert, welche die Förderagenda der Stiftung umsetzen. Dies wird dadurch belegt, dass die Antragsteller entweder über spezifische (Sub-)Disziplinbezeichnungen wie etwa „Anorganiker“ (VWS 1985) angesprochen oder über ihre Zugehörigkeit zu einer Statusgruppe wie dem „wissenschaftlichen Nachwuchs“ definiert werden. Demgegenüber tritt die abstrakte Position „Wissenschaftler“ nie unspezifiziert, also ohne (Status-)Präzisierungen auf. Keinerlei Berücksichtigung finden die managerialen Kompetenzen der Antragstellerinnen und Antragsteller. Stattdessen tauchen sie in den unterschiedlichen Phasen der Antragspraxis als „Bewerber“ (VWS 1984) oder „Interessenten“ (VWS 1984) auf. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass nur die Position als spezialisierter Wissenschaftler für die Realisierung der eigenen zweckrationalen Förderinteressen maßgeblich ist und die VolkswagenStiftung nicht von einer langfristigen Bindung zu den Geförderten ausgeht.

### 5.3 Vergleichende Analyse

Vergleichend betrachtet lässt sich zunächst einmal feststellen, dass die Antragsrichtlinien der DFG und der Fritz Thyssen Stiftung dahingehend Gemeinsamkeiten aufweisen, als dass beide Förderorganisationen Anfang der 1980er-Jahre ihre Relation zu den Antragstellern radikal überarbeitet haben. Die zunächst aktive Selbstpositionierung der Förderorganisationen als gemeinschaftsbildende und wissenschaftspolitische Organisationen mit ausgeprägten thematischen Steuerungsansprüchen weicht einem passiven Selbstverständnis, das im Fall der DFG vorwiegend verfahrensdisziplinierende Momente geltend macht. Auch die Fremdpositionierung wird neu justiert: Während die DFG das Repertoire an Pflichten kontinuierlich ausweitet, die Antragsteller zu erfüllen haben, und ihre Rechte an Bedingungen knüpft (wie etwa die Einhaltung ausführlicher Verfahrensregeln), weisen die Antragsrichtlinien der Fritz Thyssen Stiftung einen Bruch mit den frühen Zuschreibungsmustern auf. Wurden die Antragsteller in den frühen Jahren noch als kalkulierende Individuen inszeniert, die den Projektablauf vorausschauend planen und abwägen, werden ihnen ab 1982 vermehrt eigene Gestaltungsspielräume zugestanden.

Die 1980er-Jahre markieren für die thematisch „offenen“ Förderprogramme also eine Kehrtwende in der diskursiven Positionierungsstrategie. Die sich wandelnden Positionierungspraktiken der DFG und der Fritz Thyssen Stiftung stehen in einem starken Kontrast zur Kontinuität der Zuschreibungsmomente in den Antragsrichtli-

nien der VolkswagenStiftung. Kennzeichnend für die Erwartungen der größten deutschen wissenschaftsfördernden Stiftung ist eine starke Selbstpositionierung als wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Einrichtung. Diese Selbstzuschreibung äußert sich nicht zuletzt in einem stark ausgeprägten thematischen Steuerungsanspruch, der bis in die konkrete Forschungspraxis hineinreicht (also etwa die Frage tangiert, wie und mit wem kooperiert wird). Erstaunlich dabei ist, dass die Fremdzuschreibung kaum thematisiert wird. Stattdessen bewegen sich die Antragsteller in einer Art „contractual relationship“ (Guston 2005) zum Förderer, die vornehmlich der Zielerfüllung der Stiftung dient und somit über das Passungskriterium der beantragten Forschungsprojekte beurteilt wird. Versucht man nun, die Positionierungsdynamiken in den Antragsrichtlinien auf die historische Entwicklung des internen und externen Wettbewerbs zu beziehen, lassen sich interessante Erkenntnisse über mögliche Evolutions- und Koevolutionsszenarien gewinnen.

Erstens ist festzuhalten, dass sich durchaus Überschneidungen zwischen den steigenden Bewerberzahlen und den sich wandelnden diskursiven Positionierungsstrategien der Förderorganisationen abzeichnen. So stellen wir z.B. fest, dass die drei Förderorganisationen zur Bewältigung der steigenden Antragszahlen unterschiedliche organisationale Strategien gewählt haben, die mitunter auch die kommunikative Erfassung der Antragsteller modifiziert haben: (1) Durch die Delegation der Qualitätsprüfung von Anträgen an die Fachgutachter nimmt sich die DFG etwa aus der thematischen Steuerung der Antragstellung im Sachbeihilfeverfahren heraus und konzentriert sich zunehmend auf die Rolle der Verwaltunginstanz einer wissenschaftlichen Gemeinschaft. (2) Die Fritz Thyssen Stiftung wiederum reagiert auf den Bewerberandrang, indem sie lose Schwerpunkte formuliert und sich auf bestimmte Projektformate spezialisiert. Diese erste Rationalisierung der Programmlinien geht mit einer Neuformulierung der kommunizierten Erwartungen einher: Den Antragstellerinnen und Antragstellern werden Gestaltungsspielräume dadurch eingeräumt, dass nichts vorgegeben oder explizit verboten wird. Diese Positionierung ist eine, in der weniger die Rolle der Gutachterinnen und Gutachter im Auswahlprozess betont wird, sondern die Fähigkeit der Antragstellerinnen und Antragsteller, sich angesichts der nicht explizierten und daher unsicheren Erwartungen zu positionieren. (3) Durch die Einführung von Forschungsschwerpunkten hat die VolkswagenStiftung bereits in den frühen 1970er-Jahren den Kreis der potentiellen Antragsteller verringert. Diese werden in der Antragskommunikation dazu angehalten, den Forschungsauftrag der Förderorganisation zu erfüllen. Die diskursiven (Re-)Positionierungen der Fördereinrichtungen könnten also als Teil einer förderpraktischen Bewältigungsstrategie betrachtet werden, die darauf abzielt, die steigenden Bewerberzahlen zu prozessieren und eine legitime Auswahl von Anträgen vorzunehmen. Der Anstieg der Bewerberzahlen scheint also dahingehend die diskursiven Mikropraktiken tangiert zu haben, als dass die in der Antragstellung kommunizierten Erwartungshaltungen eine doppelte Selektion ermöglichen sollen: Zum einen schafft die Zuschreibung konkreter Rechte und Pflichten in der Antragstel-

lung eine formale Grundlage für die Selektion förderadäquater Forschungsprojekte. So setzt die vergleichbare Begutachtung von Anträgen etwa voraus, dass alle Anträge einen Forschungsstand diskutieren, zu dem ein Beitrag geleistet werden soll. Zum anderen werden durch die diskursiven Positionierungsstrategien der Förderorganisationen aber auch Momente der Selbstselektion hergestellt. Antragsteller können sich also entscheiden, ob sie sich auf die kommunizierten Erwartungshaltungen einlassen oder eben nicht. Das Durchspielen von Szenarien der Koevolution eröffnet an dieser Stelle interessante Forschungsperspektiven, denn es gilt herauszufinden, inwiefern die diskursiven Zuschreibungsprozesse Einfluss auf die Entscheidung der Forschenden nehmen, wo sie welchen Förderantrag stellen.

Zweitens konnten wir feststellen, dass die in den 1990er-Jahren einsetzende Expansion der Förderlandschaft keinen in den Daten nachweisbaren Zusammenhang zu den diskursiven Positionierungsstrategien der Förderorganisationen aufweist. Die Zuschreibungsmuster der Antragskommunikation, die wir heute als selbstverständlich wahrnehmen, scheinen im Nachklang zur ersten Wettbewerbsphase Mitte der 1970er-Jahre entstanden zu sein und haben sich seitdem kaum gewandelt. Fligstein und McAdams Feldtheorie folgend (Fligstein/McAdam 2012), könnte man nun die Annahme formulieren, dass die Vormachtstellung der etablierten Förderorganisationen – DFG, Fritz Thyssen Stiftung und Volkswagenstiftung – seit den Anfängen der Antragspraxis unangefochten geblieben ist und sie also einen optimalen „fit“ zur Umwelt aufweisen. Sie können es sich quasi leisten, keine weiteren kommunikativen Anpassungen vorzunehmen. Stattdessen stünden die neu gegründeten Förderorganisationen unter einem erhöhten Wettbewerbsdruck, auf die bereits etablierten Normen und Zuschreibungspraktiken zu reagieren und ihre Kommunikation mit den Antragstellern entsprechend anzupassen. Möchte man also die Koevolutionsthese empirisch weiter anreichern, so müsste man überprüfen, inwiefern die beobachteten Zuschreibungsmuster ordnungsstiftende Funktionen im Feld der Forschungsförderung erfüllen. Weitergehende Studien müssten also der Frage nachgehen, inwiefern diskursive Mikropraktiken der Antragstellung ins gesamte Feld der Forschungsförderung hineindiffundiert sind und symbolische Grenzziehungen oder auch Grenzverschiebungen angestoßen haben.

## 6 Conclusio

Richtlinien zur Antragstellung sind historische Artefakte, die darüber Auskunft geben, wie die jeweilige Organisation ihr Verhältnis zu den Antragstellenden wahnimmt und gestaltet. Unsere Nachforschungen in den Archiven der ältesten deutschen Förderorganisationen haben gezeigt, dass die Einführung von Antragsrichtlinien das Verhältnis von Förderorganisation und Antragstellenden maßgeblich verändert haben: Das individuelle Förderverhältnis der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Förderorganisation ist einer Formalisierung unterzogen worden, die auch klare normative Zuschreibungsmomente beinhaltet. Über die Zeit ist die

Richtlinie zum wichtigen Medium der Kommunikation avanciert, welche die Erwartungen der Förderorganisationen expliziert und die Antragstellenden in die Lage versetzt, ihre Rechte und Pflichten zu erfassen, und vor allem auch, ihnen gerecht zu werden. Antragsrichtlinien sind demzufolge rollenkonstitutiv. Sie informieren Antragstellende über legitime Handlungsmöglichkeiten im organisationalen Kontext und tätigen Zuschreibungen, die von der wissenschaftlichen Gemeinschaft oftmals unhinterfragt angenommen werden. Mit der Aufforderung konfrontiert, die Rechtmäßigkeit des Förderanspruchs zu dokumentieren, werden die Antragstellenden dazu angehalten, genau das abzuliefern, was die Gutachterinnen und die Förderorganisation in die Lage versetzt, eine Bewertung der Anträge vorzunehmen. Andrerseits werden mit den instruktionsinhärenten Zuschreibungen zugleich Wertekonfigurationen geschaffen und reproduziert, die wir gleichsam als „gesetzt“ empfinden (Lamont 2012) – so etwa die Tatsache, dass Antragstellende über gewisse managriale Kompetenzen verfügen müssen, die sich insbesondere in der Arbeitsplanung und der Budgetierung eines Antrags widerspiegeln.

Diese institutionellen Zuschreibungsprozesse bewusst zu machen und in einen historischen Kontext zu rücken, war das zentrale Anliegen des Aufsatzes. Zum einen ging es uns darum, die diskursive Konstitution der Rolle des „Antragstellers“ festzuhalten und kritisch zu durchleuchten. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Datenquellen ist es uns zum anderen möglich gewesen, die sich verändernden diskursiven Positionierungsdynamiken auf konkrete historische Momente der Organisationsentwicklung zurückzuführen. Auch wenn uns das Datenmaterial keine kausale Aussagen ermöglicht, so verweist die Koevolution des Wettbewerbs um Fördermittel und der diskursiven Erfassung der Antragstellenden auf ein zentrales Ergebnis dieser Studie: Der drastisch ansteigende Wettbewerb der Forschenden um knappe Drittmittel scheint nicht nur eine Rationalisierung und Formalisierung des Antrags- und Begutachtungsprozesses angestoßen zu haben, sondern auch die Zuschreibungsprozesse tangiert zu haben, die Förderorganisationen in ihren Instruktionstexten zum Ausdruck bringen. Damit wäre ein Zusammenhang hergestellt zwischen den organisationalen Bewältigungsstrategien der Förderorganisationen im Umgang mit den steigenden Bewerberzahlen und den diskursiv vermittelten Zuschreibungsprozessen. Ferner weist die Analyse darauf hin, dass die diskursiven Zuschreibungsprozesse in der jeweiligen organisationalen Antragspraxis verwurzelt sind und daher auch von Förderorganisation zu Förderorganisation variieren. Wie Antragstellende und Förderorganisationen mit diesen Zuschreibungsprozessen umgehen, bedarf allerdings weiterer Forschung.

Mittlerweile ist der „Antragsteller“ zu einer festen Rollenkonfiguration im wissenschaftlichen Betriebsalltag geworden. Es werden z.B. Workshops angeboten, in denen man lernt, erfolgreiche Drittmittelanträge zu stellen und die Erwartungen der Förderorganisationen korrekt zu antizipieren. Umso wichtiger erscheint es uns, eine historische und vor allem sozialkritische Perspektive auf das einzunehmen, was wir als „Rezeptwissen“ (Berger/Luckmann 2009) hinnehmen.

## Literaturverzeichnis

- Angermuller, Johannes (2013): How to become an academic philosopher. Academic Academic Academic discourse as a multileveled positioning practice discourse as a multileveled positioning practicedis. *Sociología histórica* 3: 263–289.
- Austin, John L. (1965): *How to Do Things with Words : the William James Lectures Delivered at Harvard University in 1955..* Oxford: Clarendon Press.
- Bazerman, Charles (1985): Physicists Reading Physics: Schema-Laden Purposes and Purpose-Laden Schema. *Written Communication* 2(1): 3–23.
- BDS Hrsg. (2014). *Zahlen, Daten und Fakten zur deutschen Stiftungswesen.* Berlin.
- BDS Hrsg. (2017). *Zahlen, Daten und Fakten zur deutschen Stiftungswesen.* Berlin.
- Berger, P. (2006): Sociological Perspectives-Society as Drama, in: Brissett, D. & C. Edgley (Hrsg.), *Life as theater: A dramaturgical sourcebook.* New Brunswick: AldineTransaction. S. 51–61.
- Berger, Peter L. & Luckmann, Thomas (2009): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit : eine Theorie der Wissenssoziologie.* Fischer; 6623. 22. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.
- Bloch, Carter, Graversen, Ebbe Krogh & Pedersen, Heidi Skovgaard (2014): Competitive Research Grants and Their Impact on Career Performance. *Minerva* 52(1): 77–96.
- Blute, Marion (2010): *Darwinian Sociocultural Evolution. Solutions to Dilemmas in Cultural and Social Theory.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Braun, Dietmar (1993): Who Governs Intermediary Agencies? Principal-Agent Relations in Research Policy-Making. *Journal of Public Policy* 13(02): 135.
- Braun, Dietmar (1997): *Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum "kooperativen Staat".* Frankfurt [u.a.]: Campus.
- Braun, Dietmar (1998): The role of funding agencies in the cognitive development of science. *Research Policy* 27(8): 807–821.
- Busse, Dietrich (2007): Diskurslinguistik als Kontextualisierung: Methodische Kriterien. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zur Analyse gesellschaftlichen Wissens, in: Ingo H. Warnke (Hrsg.), *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände.* Berlin, Boston: de Gruyter. S. 81–105.
- Cooren, François. & Fairhurst, Gail T. (2009): Dislocation and Stabilization: How to Scale Up from Interactions to Organization, in: Linda L. Putnam (Hrsg.), *Building Theories of Organization.* Routledge.
- Cooren, François (2004): Textual Agency: How Texts Do Things in Organizational Settings. *Organization* 11(3): 373–393.
- Cooren, François (2010): *Action and Agency in Dialogue.* Amsterdam: John Benjamins Publishing Company.
- Cooren, François (2012): Communication Theory at the Center: Ventriloquism and the Communicative Constitution of Reality. *Journal of Communication* 62(1): 1–20.
- Cooren, François, Kuhn, Timothy, Cornelissen, Joep P. & Clark, Timothy (2011): Communication, Organizing and Organization: An Overview and Introduction to the Special Issue. *Organization Studies* 32(9): 1149–1170.

- Cozzens, Susan E. (1985): Comparing the Sciences: Citation Context Analysis of Papers from Neuropharmacology and the Sociology of Science. *Social Studies of Science* 15(1): 127–153.
- Davies, Bronwyn & Harré, Rom (1990): Positioning: The Discursive Production of Selves. *Journal for the Theory of Social Behaviour* 20(1): 43–63.
- DFG (1975): Senatsprotokoll vom 1. Juli 1975.
- Dietz, Thomas, Burns, Tom R. & Buttel, Frederick H. (1990): Evolutionary Theory in Sociology: An Examination of Current Thinking. *Sociological Forum* 5(2): 155–171.
- Dittmar, Norbert & Ahrenholz, Bernt (1995): The acquisition of modal expressions and related grammatical means by an Italian learner of German in the course of 3 years of longitudinal observation, in: Anna Giacalone Ramat (Hrsg.), *From pragmatics to syntax. Modality in second language acquisition*. Tübingen: Narr. S. 197–231.
- Felt, Ulrike (2013): *Über turbulente Zeiten und Tempor(e)alitäten kontemporärer Wissenschaft*. Vortrag auf dem Österreichischen Kongress für Soziologie „Krisen in der Gesellschaft – Gesellschaft in der Krise“. Johannes Kepler Universität Linz.
- Fisher, Donald (1993): *Fundamental development of the social sciences. Rockefeller philanthropy and the United States Social Science Research Council*. Michigan.
- Fligstein, Neil & McAdam, Doug (2012): *A theory of fields*. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- Framhein, Gerhild & Preisert, Hansgert (1980): *Das Hochschulsystem in der BRD – Funktionsweise und Leistungsfähigkeit*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Franssen, Thomas, Scholten, Wout, Hessels, Laurens K. & Rijcke, Sarah de (2018): The Drawbacks of Project Funding for Epistemic Innovation: Comparing Institutional Affordances and Constraints of Different Types of Research Funding. *Minerva* 56(1): 11–33.
- Geuna, Aldo & Martin, Ben R. (2003): University Research Evaluation and Funding: An International Comparison. *Minerva* 41(4): 277–304.
- Giddens, Anthony (1984): *The constitution of society. Outline of the theory of structuration*. Cambridge: Polity Pr. [u.a.].
- Giesecke, Michael (1979): Instruktionssituationen in Sozialisationsinstitutionen – Ablaufschemata und Bedeutungsübertragung bei instrumentellen Instruktionen im Kindergarten, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), *Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften*. Stuttgart: J. B. Metzlerische Verlagsbuchhandlung. S. 38–65.
- Gläser, Jochen & Serrano Velarde, Kathia (2018): Changing Funding Arrangements and the Production of Scientific Knowledge: Introduction to the Special Issue. *Minerva* 56(1): 1–10.
- Globig, Michael (2002): *Impulse geben – Wissen stiften. 40 Jahre VolkswagenStiftung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Grimpe, Christoph (2012): Extramural research grants and scientists' funding strategies: Beggars cannot be choosers? *Research Policy* 41(8): 1448–1460.
- Guston, David H. (2005): Social contract for science, in: Carl Mitcham (Hrsg.), *Encyclopedia of science*.
- Guston, David H. (2000): *Between politics and science. Assuring the integrity and productivity of research*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Hackett, Edward J. (2005): Essential Tensions. *Social Studies of Science* 35(5): 787–826.
- Halliday, Michael A. K. & Matthiessen, Christian M. I. M. (2014): *Halliday's introduction to functional grammar*. 4. Aufl. London [u.a.]: Routledge.

- Hannan, Michael T. & Freeman, John (1989): *Organizational Ecology*. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Hargens, Lowell L. (2000): Using the Literature: Reference Networks, Reference Contexts, and the Social Structure of Scholarship. *American Sociological Review* 65(6): 846–865.
- Harré, Rom & Moghaddam, Fathali M. (Hrsg.) (2003): *The self and others. Positioning individuals and groups in personal, political, and cultural contexts*. Westport, Conn: Praeger.
- Harré, Rom & van Langenhove Luk (1991): Varieties of Positioning. *Journal for the Theory of Social Behaviour* 21(4): 393–407.
- Heinze, Thomas & Arnold, Natalie (2008): Governanceregimes im Wandel. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60(4): 686–722.
- Hicks, Diana (2012): Performance-based university research funding systems. *Research Policy* 41(2): 251–261.
- Hicks, Diana, Wouters, Paul, Waltman, Ludo, Rijcke, Sarah de & Rafols, Ismael (2015): Bibliometrics: The Leiden Manifesto for research metrics. *Nature* 520(7548): 429–431.
- Hirschauer, Stefan (2005): Publizierte Fachurteile. Lektüre und Bewertungspraxis im Peer Review. *Soziale Systeme* 11(1).
- Holsti, Ole R. (1969): *Content analysis for the social sciences and humanities*. Reading, Mass. [u.a.]: Addison-Wesley.
- Hornbostel, Stefan (2001): Third party funding of German universities. An indicator of research activity? *Scientometrics* 50(3): 523–537.
- Iedema, R. (2000): Bureaucratic Planning and Resemiotisation, in: Eija Ventola (Hrsg.), *Discourse and community. Doing functional linguistics*. Tübingen: Narr. S. 47–70.
- Jansen, Dorothea, Wald, Andreas, Franke, Carola, Schmoch, Ulrich & Schubert, Torben (2007): Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59(1): 125–149.
- Knorr-Cetina, Karin (1999): *Epistemic cultures. How the sciences make knowledge*. Cambridge, Mass. [u.a.]: Harvard University Press.
- Koppenol, Willem H., Bounds, Patricia L. & Dang, Chi V. (2011): Otto Warburg's contributions to current concepts of cancer metabolism. *Nature reviews. Cancer* 11(5): 325–337.
- Lammers, John C. (2011): How Institutions Communicate: Institutional Messages, Institutional Logics, and Organizational Communication. *Management Communication Quarterly* 25(1): 154–182.
- Lamont, Michèle (2012): Toward a Comparative Sociology of Valuation and Evaluation. *Annual Review of Sociology* 38(1): 201–221.
- Laudel, Grit (2006): The art of getting funded: how scientists adapt to their funding conditions. *Science and Public Policy* 33(7): 489–504.
- Laudel, Grit & Gläser, Jochen (2014): Beyond breakthrough research: Epistemic properties of research and their consequences for research funding. *Research Policy* 43(7): 1204–1216.
- Lepori, Benedetto, van den Besselaar, Peter, Dinges, Michael, Potì, Bianca, Reale, Emanuela, Slippersæter, Stig, Thèves, Jean & van der Meulen, Barend (2007): Comparing the evolution of national research policies: what patterns of change? *Science and Public Policy* 34(6): 372–388.

- Lombard, Matthew, Snyder-Duch, Jennifer & Bracken, Cheryl Campanella (2002): Content Analysis in Mass Communication: Assessment and Reporting of Intercoder Reliability. *Human Communication Research* 28(4): 587–604.
- Luukkonen, Terttu (2014): The European Research Council and the European research funding landscape. *Science and Public Policy* 41(1): 29–43.
- Machalek, Richard (2018): Divergence and Possible Consilience between Evolutionary Biology and Sociology, in: Rosemary L. Hopcroft (Hrsg.), *The Oxford handbook of evolution, biology, and society*. Oxford: Oxford University Press.
- Machalek, Richard & Martin, Michael W. (2004): Sociology and the Second Darwinian Revolution: A Metatheoretical Analysis. *Sociological Theory* 22(3): 455–476.
- Mead, George Herbert, Huebner, Daniel R. & Joas, Hans (2015): *Mind, self, and society. The definitive edition*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Merton, Robert K. (1968): The Matthew Effect in Science. The reward and communication systems of science are considered. *Science* 159: 56–63.
- Miles, Matthew B. & Huberman, A. Michael (2007): *Qualitative data analysis. An expanded sourcebook*. 2. Aufl. Thousand Oaks, Calif. [u.a.]: Sage.
- Morris, Norma & Rip, Arie (2006): Scientists' coping strategies in an evolving research system: the case of life scientists in the UK. *Science and Public Policy* 33(4): 253–263.
- Münch, Richard (2007): *Die akademische Elite : zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*. Edition Suhrkamp; 2510. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard (2008): Stratifikation durch Evaluation: Mechanismen der Konstruktion von Statushierarchien in der Forschung. *Zeitschrift für Soziologie* 37(1): 60–80.
- Myers, Greg (1985): Texts as Knowledge Claims: The Social Construction of Two Biology Articles. *Social Studies of Science* 15: 593–630.
- Neidhardt, Friedhelm (1988): *Selbststeuerung in der Forschungsförderung. Das Gutachterwesen der DFG*. Opladen: Westdt. Verl.
- Orr, Julian E. (2016): *Talking about Machines. An Ethnography of a Modern Job*. Ithaca: Cornell University Press.
- Orth, Karin & Oberkrome, Willi (Hrsg.) (2010): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920 – 1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Stuttgart: Steiner.
- Padgett, John Frederick (2012): From Chemical to Social Networks, in: John Frederick Padgett & Walter W. Powell (Hrsg.), *The emergence of organizations and markets*. Princeton: Princeton University Press. S. 92–115.
- Padgett, John Frederick & Powell, Walter W. (Hrsg.) (2012): *The emergence of organizations and markets*. Princeton: Princeton University Press.
- Pfeffer, Jeffrey & Salancik, Gerald (1978): *The External Control of Organizations – A Resource Dependence Perspective*. New York: Harper & Row.
- Richter, Dirk (2005): Das Scheitern der Biologisierung der Soziologie. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57(3): 523–542.
- Romanelli, Elaine (1991): The Evolution of New Organizational Forms. *Annual Review of Sociology* 17(1): 79–103.
- Schimank, Uwe (1995): *Hochschulforschung im Schatten der Lehre*. Frankfurt [u.a.]: Campus-Verl.
- Schimank, Uwe (2005): 'New Public Management' and the Academic Profession: Reflections on the German Situation. *Minerva* 43(4): 361–376.

- Schutz, Alfred & Luckmann, Thomas (1979): *Strukturen der Lebenswelt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Serrano Velarde, Kathia (2018): The Way We Ask for Money... The Emergence and Institutionalization of Grant Writing Practices in Academia. *Minerva* 56(1): 85-107
- Sigl, Lisa (2016): On the Tacit Governance of Research by Uncertainty. *Science, Technology & Human Values* 41(3): 347-374.
- Stampfer, Michael, Pichler, Rupert & Hofer, Reinhold (2010): The making of research funding in Austria: transition politics and institutional development, 1945–2005. *Science and Public Policy* 37(10): 765–780.
- Stokes, Donald E. (1997): *Pasteur's quadrant. Basic science and technological innovation*. Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Swales, John M. (1990): *Genre analysis. English in academic and research settings*. Cambridge [England], New York: Cambridge University Press.
- Torka, Marc (2009): *Die Projektfähigkeit der Forschung*. Baden-Baden: Nomos.
- van der Meulen, Barend (1998): Science policies as principal–agent games. *Research Policy* 27(4): 397–414.
- van Leeuwen, Theo (2008): *Discourse and practice : new tools for critical discourse analysis. Oxford studies in sociolinguistics*. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- VWS (1975): Jahresbericht.
- VWS (1970): Jahresbericht.
- Weber, Max (2013): *Wirtschaft und Gesellschaft : Soziologie; unvollendet; 1919 – 1920. Gesamtausgabe / Max Weber*. Hrsg. von Horst Baier. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weick, Karl E. (2001). *Making Sense of the Organization*. 1. Aufl. Oxford [u.a.]: Blackwell Business.
- Weingart, Peter (2005): *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgemeinschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Wellmann, Hans (2008): *Deutsche Grammatik. Laut, Wort, Satz, Text*. Heidelberg: Winter.
- Whitley, Richard (2007): *The changing governance of the sciences*. Dordrecht: Springer.
- Whitley, Richard, Gläser, Jochen & Laudel, Grit (2018): The Impact of Changing Funding and Authority Relationships on Scientific Innovations. *Minerva* 56(1): 109–134.
- Winsor, Dorothy (2000): Ordering Work. *Written Communication* 17(2): 155–184.
- Yates, J. & Orlikowski, W. (2002): Genre Systems: Structuring Interaction through Communicative Norms. *Journal of Business Communication* 39(1): 13–35.
- Youtie, Jan, Rogers, Juan, Heinze, Thomas, Shapira, Philip & Tang, Li (2013): Career-based influences on scientific recognition in the United States and Europe: Longitudinal evidence from curriculum vitae data. *Research Policy* 42(8): 1341–1355.
- Zucker, Lynne (1977): The role of institutionalization in cultural persistence. *American Sociological Review* 42(5): 726–743.

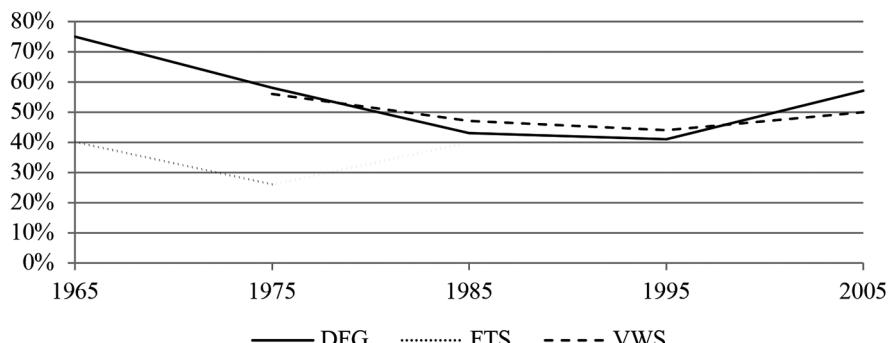
## Anhang

### Anhang 1: Qualitativer Stichprobenplan der ausgewerteten Antragsrichtlinien

Organisation	Gründungs-jahr	Fördervolumen für die Forschung (2013; in Millionen Euro)	Finanzierungs volumen pro Jahr (2013; in Millionen Euro)	Auswahl der Dokumente/Jahr der Veröffentlichung
Volkswagen-Stiftung (VWS)	1961	44,8	160,4	<p>Antragsrichtlinien im Bereich der Politikwissenschaften (Gesamterhebung):</p> <p>1975, 1975, 1975, 1975, 1984, 1985, 1987, 1990, 1992, 1996, 2000, 2001</p> <p>Antragsrichtlinien im Bereich Chemie (Gesamterhebung): 1977, 1978, 1985, 1986, 1986, 1992, 1993, 1999, 2001, 2001, 2003, 2005</p>
Fritz Thyssen Stiftung (FTS)	1959	15	18	1961, 1975, 1982, 2010
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)	1951	849**	2600	1963, 1972, 1981, 1995, 2005

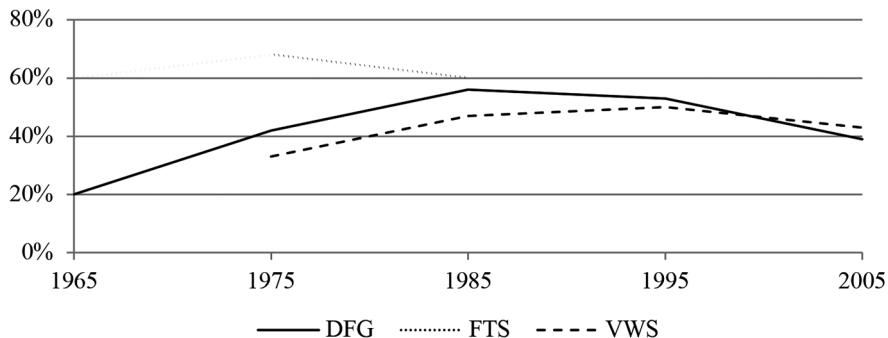
### Anhang 2: Veränderung der Modalstruktur in den Antragsrichtlinien der DFG, der Fritz Thyssen Stiftung und der Volkswagen Stiftung<sup>7</sup>

#### Modalverben der Möglichkeit: können, dürfen



7 Die prozentuale Angabe bezieht sich auf alle Modalsatzkonstruktionen, die in der jeweiligen Antragsrichtlinie vorzufinden sind.

### Modalverben der Notwendigkeit: müssen, sollen



### Modalverben zu Wunsch und Wille: mögen, wollen

